

Sören Becker, Andrea Bues und Matthias Naumann  
unter Mitarbeit von Camilo Betancourt

# Die Analyse lokaler energiepolitischer Konflikte und das Entstehen neuer Organisationsformen

Theoretische Zugänge und  
aktuelle Herausforderungen

Sören Becker, Andrea Bues, Matthias Naumann

unter Mitarbeit von Camilo Betancourt

**Die Analyse lokaler energiepolitischer Konflikte und das Entstehen neuer Organisationsformen. Theoretische Zugänge und aktuelle Herausforderungen**

Copyright: Dieses Working Paper wurde im Rahmen des Forschungsprojektes „Lösung von lokalen energiepolitischen Konflikten und Verwirklichung von Gemeinwohlzielen durch neue Organisationsformen im Energiebereich (EnerLOG)“ erstellt. Es ist urheberrechtlich geschützt. Sein Nachdruck oder seine Veröffentlichung ohne die ausdrückliche Genehmigung des Autors ist nicht gestattet. Textpassagen dürfen gerne unter Beachtung wissenschaftlicher Zitierregeln bei vollständiger Angabe der Quelle in folgender Weise verwendet werden:

Sören Becker, Andrea Bues, Matthias Naumann: Die Analyse lokaler energiepolitischer Konflikte und das Entstehen neuer Organisationsformen. Theoretische Zugänge und aktuelle Herausforderungen. EnerLOG Working Paper, Erkner/Freiburg/Potsdam: Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung/Local Governments for Sustainability/ZukunftsAgentur Brandenburg 2014 (<http://www.zab-energie.de/de/Projekt-EnerLOG>)

Das Projekt „EnerLOG“ wird im Rahmen der Fördermaßnahme „Umwelt- und gesellschaftsverträgliche Transformation des Energiesystems“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert (Förderkennzeichen: 01UN1207B).

ISSN 21 99-8264

Erkner, Freiburg (Breisgau), Potsdam im September 2014

## Inhalt

1	Einleitung .....	5
2	Sozialwissenschaftliche Zugänge zu Konflikten, Gemeinwohlzielen und neuen Organisationsformen.....	6
2.1	Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung .....	6
2.2	Commons und Gemeinwohl .....	10
2.3	Institutionenwandel und neue Organisationsformen .....	13
3	Empirische Erkundungen: Lokale Energiewenden als politische Herausforderung .....	18
3.1	Lokale energiepolitische Konflikte .....	18
3.2	Energiepolitische Konflikte als Gemeinwohlkonflikte .....	21
3.3	Neue Organisationsformen im Energiebereich: Bioenergiedörfer, Energiegenossenschaften und Rekommunalisierungen .....	23
4	Dimensionen von lokalen energiepolitischen Konflikten: Das EnerLOG-Analysewerkzeug .....	27
5	Zusammenfassung und Ausblick.....	32
6	Danksagung.....	33
7	Literatur- und Quellenverzeichnis .....	33



## 1 Einleitung

Der bundespolitische Beschluss zur Energiewende formuliert das Vorhaben, die Energiewirtschaft der Bundesrepublik grundlegend neu zu gestalten. Für die Energieversorgung von Städten, Gemeinden und Regionen ergeben sich hieraus zahlreiche Anpassungsbedarfe wie auch vielfältige neue Handlungsmöglichkeiten. Diese Entwicklung geht mit kontroversen Aushandlungen über die Zukunft der lokalen und regionalen Energieversorgung einher. Auf der einen Seite können lokale energiepolitische Konflikte beobachtet werden, wie zum Beispiel Proteste gegen die Errichtung neuer Windenergieanlagen, den Ausbau von Netzen und Leitungen oder die energetische Sanierung von Wohnquartieren. Nicht zuletzt deswegen hat Akzeptanz in der politischen Diskussion einen hohen Stellenwert erhalten. Auf der anderen Seite können neugeführte Aushandlungen über das Energiesystem auch in neue institutionelle Regelungen und die Bildung neuer Organisationsformen wie zum Beispiel Bioenergiedörfer, Energiegenossenschaften und Rekommunalisierungen münden. Diese verändern nicht nur die bestehenden politisch-ökonomischen Strukturen im Energiebereich, sie sind auch häufig verbunden mit einer neu entfachten Diskussion um Gemeinwohl im Energiesektor. Lokale energiepolitische Konflikte und neue Organisationsformen sind dabei stark verknüpft: Neue Organisationsformen können Gegenstand eines Konfliktes sein, jedoch können energiepolitische Konflikte auch zur Bildung von neuen Organisationsformen führen und dadurch möglicherweise zur Lösung des Konfliktes beitragen.

Während sich viele Studien und Praxisleitfäden der Frage widmen, wie genau Akzeptanz bei lokalen Projekten der Energiewende hergestellt werden könnte (z. B. Krause et al. 2013; C.A.R.M.E.N. 2014), ist die Rolle von neuen Organisationsformen bei der Entstehung, dem Verlauf und vor allem bei der möglichen Lösung von energiepolitischen lokalen Konflikten bisher weitgehend unbehandelt. Die Entstehung und den Verlauf eines Konfliktes zu verstehen kann aber dazu beitragen, Einflussfaktoren zu identifizieren, die möglicherweise für die Lösung des Konfliktes eine wichtige Rolle spielen. Da energiepolitische Konflikte auf lokaler Ebene Motor wie auch Bremse für die Umsetzung der Energiewende vor Ort sein können, stellen sich die Fragen: Wie sind solche Konflikte zu analysieren? Wie können die Entstehung und der Verlauf energiepolitischer lokaler Konflikte und die Rolle von neuen Organisationsformen darin genauer verstanden werden? Welche Rolle müssen dann Gemeinwohlziele spielen, damit eine neue Organisationsform tatsächlich zur Lösung eines Konflikts beiträgt und nicht selbst dauerhafter Gegenstand eines Konflikts wird?

Das Working Paper möchte für diese Diskussion einen ersten Beitrag liefern. Sein zentrales Ziel besteht darin, bisher getrennt laufende Debatten über lokale energiepolitische Konflikte, energiebezogene Gemeinwohlziele und neue Organisationsformen im Energiebereich innerhalb von Forschung und Praxis zusammenhängend zu betrachten und sozialwissenschaftlich zu untersetzen. Auf Grundlage einiger theoretischer und konzeptioneller Überlegungen sowie aktueller Beispiele für Konfliktfälle entwickelt es ein Analysewerkzeug für eine systematische Untersuchung lokaler energiepolitischer Konflikte für die Praxis. Dieses heuristische Werkzeug bildet die verschiedenen Facetten energiepolitischer Konflikte um neue Organisationsformen und die darin enthaltenen Gemeinwohlbelange auf lokaler Ebene systematisch ab. Hierfür wurden zentrale Debatten aus den Sozialwissenschaften sowie einige exemplarische Fälle aus der Praxis ausgewertet. Die Auswahl der theoretischen Zugänge richtete sich dabei nach dem jeweiligen aktuel-

len Forschungsstand in den drei Untersuchungssträngen. Damit stellt das Working Paper das erste Produkt des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts „Lösung von lokalen energiepolitischen Konflikten und Verwirklichung von Gemeinwohlzielen durch neue Organisationsformen im Energiebereich“ (EnerLOG) dar.

Das Working Paper ist wie folgt gegliedert: Kapitel 2 stellt grundlegende sozialwissenschaftliche Zugänge zu Konflikten (2.1), zu Gemeinschaftsgütern und Gemeinwohl (2.2) und zu Institutionenwandel und neuen Organisationsformen (2.3) vor. Kapitel 3 liefert zunächst einen empirisch geprägten Blick auf die neuen Organisationsformen Bioenergiedörfer, Energiegenossenschaften und Rekommunalisierungen, stellt diese vor und präsentiert hierzu den aktuellen Forschungsstand (3.1). Kapitel 3.2 geht auf lokale energiepolitische Konflikte ein und stellt verschiedene Konflikttypen vor. Anschließend werden energiepolitische Konflikte unter dem Gemeinwohlbegriff diskutiert (3.3). Kapitel 4 entwickelt das EnerLOG-Analysewerkzeug für energiepolitische Konflikte, wobei vier zentrale Dimensionen – die materielle, räumliche, zeitliche und akteursbezogene Dimension – von energiepolitischen Konflikten beschrieben und das Werkzeug im Detail diskutiert wird. Kapitel 5 zieht ein kurzes Fazit und formuliert weitergehenden Forschungsbedarf.

## **2 Sozialwissenschaftliche Zugänge zu Konflikten, Gemeinwohlzielen und neuen Organisationsformen**

In diesem Kapitel wird ein kurzer Einblick in sozialwissenschaftliche Zugänge zu energiepolitischen Konflikten, Gemeinwohl und neuen Organisationsformen gegeben. Dadurch kann die Analyse energiepolitischer Konflikte zum einen von Ergebnissen bisheriger Arbeiten profitieren, zum anderen können durch die Verbindung der verschiedenen Theoriestränge neue Zusammenhänge deutlich gemacht werden. Das Kapitel bietet eine auf der Auswertung bisheriger Literatur basierende, theoretisch-konzeptionelle Grundlage für die spätere Darstellung des EnerLOG-Analysewerkzeuges und gibt zunächst einen kurzen Literatureinblick in die sozialwissenschaftliche Konfliktforschung, führt dann über in eine theoretische Betrachtung von Commons und Gemeinwohl, und schließt mit einer Darstellung von konzeptionellen Zugängen zu Institutionenwandel und neuen Organisationsformen.

### **2.1 Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung**

Im Folgenden wird ein Überblick über Grundzüge der sozialwissenschaftlichen Konfliktforschung gegeben. Dies umfasst zunächst einen kurzen Einblick in theoretische Ansatzpunkte in Konflikttheorien und -analysen. Darauf aufbauend werden im zweiten Teil energiepolitische Konflikte und deren Dimensionen beleuchtet. Hier wird ein kurzer Einblick in deutsche sowie internationale Studien zu Energiekonflikten präsentiert.

### a) Zur Theorie von Konflikten und Konfliktanalyse

Obwohl Konflikte ein zentraler Begriff und Konfliktanalyse ein wichtiges Feld in den Sozialwissenschaften sind, besteht keine einheitliche Konflikttheorie oder -definition. Die Definitionen von Konflikten sind immer abhängig von der jeweiligen Theorie, in die sie eingebettet sind (Bonacker 2005). Konstruktivistische Ansätze beispielsweise betonen die soziale Konstruiertheit von Konflikten. Reale Ursachen von Konflikten werden damit nicht abgestritten, es wird jedoch betont, dass Akteure das Thema aufgreifen müssen, damit Konflikte sichtbar werden (Hampel und Torgersen 2010, S. 144). Die Perspektive der historisch-materialistischen Gesellschaftstheorie rückt bei der Analyse von Konflikten gesellschaftliche Kräfteverhältnisse in den Fokus (Brand 2010). Im Folgenden wird zunächst eine kurze Übersicht zu Ansätzen der Konfliktforschung in Klassikern der deutschsprachigen Sozialwissenschaften gegeben und schließlich auf mögliche Herangehensweisen an eine Konfliktanalyse eingegangen, die Dimensionen und Fragestellungen von Konfliktanalysen sowie die Kategorisierung unterschiedlicher Konfliktarten umfasst.

Eine zentrale *Ursache* von Konflikten ist gesellschaftlicher Wandel. So stellt Dahrendorf (1972, S. 235) fest: „Alles soziale Leben [...] Konflikt [sei], weil es Wandel ist“. Senghaas (1998, S. 21) bezieht dies auf Modernisierung: „Gesellschaften, die Modernisierungsschüben ausgesetzt sind, geraten in diesem Prozess mit sich selber in Konflikt“. Für Max Weber, der als Konfliktursache den „Sinnverlust“ der Moderne ansieht, führt dies notwendigerweise zu Konflikten zwischen unterschiedlichen Werten oder Akteuren (zitiert in Bonacker 2005, S. 20). Aus Ungleichheiten in der Gesellschaft entstehen ebenfalls Konflikte. Laut Marx resultieren Konflikte aus der hierarchisch strukturierten Gesellschaft und ihrer ungleichen Verteilung von Reichtum (ebd.). Dahrendorf schließt hier an und postuliert, dass „Gesellschaft Herrschaft heißt und Herrschaft Ungleichheit“ (1992, S. 48), und dass „Ungleichheit Konflikte hervorbringt“ (ebd.).

Konflikten wird auch eine positive und identitätsstiftende *Funktion* zugeschrieben. So bilden Konflikte „die Quelle des Fortschritts einschließlich der Ausweitung menschlicher Lebenschancen“ (Dahrendorf 1992, S. 48). Für Marx sind Konflikte „Vehikel zur Veränderung ungerechter Herrschaftsverhältnisse“ (zitiert in Bonacker 2005, S. 20) und „Motoren gesellschaftlichen Fortschritts“ (ebd.), für Weber eröffnen Konflikte auch „Freiheitsspielräume gegen den drohenden Freiheitsverlust durch die moderne Tendenz zur Bürokratisierung“ (ebd.). Coser misst dem Konflikt eine identitäre Funktion bei, er diene dazu, „die Identität und die Grenzen von Gesellschaften und Gruppen zu schaffen und zu erhalten“ (Coser 2009, S. 43).

Nachdem nun einige Beispiele sozialwissenschaftlicher Ansätze zu Ursachen und Funktionen von Konflikten vorgestellt wurden, werden im Folgenden verschiedene Ansatzpunkte einer *Konfliktanalyse* dargestellt. Saretzki (2010) unterscheidet drei Dimensionen einer differenzierten Konfliktfeldanalyse, die die Komplexität von Konflikten zu erfassen versucht.

1. Die *gegenstandsbezogene Dimension* nimmt sich der Frage an, um was es in dem Konflikt geht. Neben der Klärung des Konfliktgegenstandes, z. B. des Standorts einer Anlage erneuerbarer Energien, werden grundlegende Streitpunkte typisiert. In Bezug auf wissenschaftlich-technische Kontroversen können diese die folgenden umfassen: moralisches Empfinden, gesellschaftliche Werte, politische Prioritäten, ökonomische Interessen, Gerechtigkeit, Risiko, individuelle Rechte, Wahlfreiheit und Verteilung von Ressourcen

(Nelkin 1992, Nelkin 1995, zitiert in Saretzki 2010, eigene Übersetzung). Zum anderen werden verschiedene *Konflikttypen* identifiziert (siehe unten). Auch bestimmt die gegenstandsbezogene Dimension, auf welcher Ebene sich der Konflikt abspielt. So kann ein Technikkonflikt auf ein konkretes Technisierungsprojekt, einen Technisierungspfad oder auf die Technikentwicklung insgesamt Bezug nehmen (Saretzki 2010, S. 39f.).

2. Die *akteursbezogene* oder *soziale Dimension* analysiert Akteure, Akteurskonstellationen, Akteurstrategien und Aktionen, Interaktionsformen und Konfliktaustragungsebenen. Diese Dimension fragt, für wen ein bestimmter Sachverhalt zum Problem wird und wie sich die Akteure dazu auf welche Weise äußern (Saretzki 2010, S. 42).
3. Die *regelungsorientierte Dimension* hat den Blick auf mögliche Konfliktlösungen, das heißt auf Verfahren der Konfliktbearbeitung, -vermittlung und -regelung. Dieser Zugang ist zunächst von einem normativen Erkenntnisinteresse geleitet, wobei sich unerwünschte Formen der Konfliktaustragung auf eine mitunter auch gewaltsame Unterdrückung des Konflikts oder derjenigen Akteure, die ihn ansprechen, beziehen (Saretzki 2010, S. 43).

Zur Klassifizierung von Konflikten können diese weiterhin in Konflikttypen unterteilt werden. Klassische soziologische Konflikttheorien unterscheiden hierbei zwischen:

- Rollenkonflikten
- Statuskonflikten
- Herrschafts- und Machtkonflikten
- Klassen- und Gruppenkonflikten
- Ordnungs- und Systemkonflikten
- Wert- und Interessenkonflikten
- Moral- und Kulturkonflikten und
- Risiko- und Wissenskonflikten (Saretzki 2010, S. 41).

Für die Kategorisierung eines Konfliktes als ein bestimmter Konflikttyp entscheidet auch die Betrachtungsweise, ob ein Konflikt beispielsweise als Interessen-, Werte- oder Wissenskonflikt erscheint (Hampel und Torgersen 2010). So kann die Auseinandersetzung um eine Windkraftanlage für die lokale Gemeinde ein Interessenkonflikt, für eine Naturschutzorganisation hingegen ein Wertekonflikt sowie für das betreibende Unternehmen ein Wissenskonflikt sein, wenn letzteres beispielsweise Gegenstudien zur Naturverträglichkeit in Auftrag gibt.



Neben diesen verschiedenen Ansatzpunkten einer differenzierten Konfliktanalyse ergeben sich laut Saretzki (2010, S. 44ff.) folgende Fragestellungen für die Analyse von Konflikten:

- Wie ist der Konflikt entstanden? Welche Ursachen und Anlässe sind hierfür von Bedeutung?
- Was ist die Struktur des Konfliktes? Welche Interessengegensätze, welcher Verlauf oder welche Wirkungen des Konfliktes können identifiziert werden?
- Ist der Konflikt produktiv für gesellschaftlichen und politischen Wandel?

Desweiteren kann auch die Transformation von Konflikten eine zentrale Fragestellung sein, denn im Laufe von Konflikten sind häufig Änderungen der Wahrnehmung, der Bewertung und der Ausprägung des Konflikts beobachtbar.

### **b) Energiepolitische Konflikte: Ansätze aus der Literatur**

Seit in vielen Ländern der Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energieträger auf der politischen Agenda steht, ist auch die sozialwissenschaftliche Literatur zu energiepolitischen Konflikten angewachsen. Dabei zeigt sich auch hier, dass es nicht *einen* sozialwissenschaftlichen Zugang gibt, der sich für die Analyse von Energiekonflikten als besonders geeignet anbietet. Dieser Abschnitt stellt daher exemplarische sozialwissenschaftliche Herangehensweisen an eine Konfliktanalyse im Themenfeld Energie dar.

Ein Fokus auf die *historische* Entwicklung eines energiepolitischen Konflikts und die darin involvierten *Akteure* ist bei Ohlhorst und Schön (2010) zu finden. In ihrer Arbeit zur Windenergienutzung in Deutschland seit den 1970er Jahren identifizieren sie drei zentrale Konflikttypen, die teilweise nebeneinander auftreten und in einem gegenseitigen Wechselverhältnis stehen: Technik- und Strategiekonflikte rund um die Sicherung der Energieversorgung, Interessen- und Machtkonflikte sowie Zielkonflikte um Klima-, Natur- und Landschaftsschutz sowie ökonomische Ziele. Mautz (2010) geht in seiner Analyse von Konflikten um die Offshore-Windkraftnutzung in Deutschland ebenso auf den zeitlichen Konfliktverlauf ein und zeigt auf, dass sich „grundlegende gesellschaftliche Wertekonflikte“ auch in „gesellschaftlich regelbare[r] und produktiv bearbeitbare[r] Interessenkonflikte“ (S. 181) wandeln können.

Einen *räumlichen* Bezug wählen Jones und Eiser (2010) in einer Untersuchung über die Auswirkung von Distanzen geplanter Onshore- und Offshore-Windenergieanlagen auf deren Akzeptanz durch die Bevölkerung. Dieser ist an die Diskussion um den NIMBY („Not in my Backyard“)-Begriff angelehnt, der häufig als Erklärungsansatz für lokale Auseinandersetzungen und Opposition gegenüber erneuerbaren Energieprojekten angeführt wird. NIMBY bedeutet, dass Akteure einer bestimmten Entwicklung oder Technologie zwar grundsätzlich positiv gegenüber stehen, jedoch Opposition äußern, wenn ein solches Projekt in ihrem unmittelbaren Umfeld geplant ist (vgl. Upreti und van der Horst 2004; Weiss 2013). Dabei existieren auch verschiedene Ausdifferenzierungen des Begriffes: eine generelle Ablehnung (NIABY: „Not in Anyone’s Back Yard“), der Versuch, die Belastung auf andere abzuwälzen (PITBY: „Put it in Their Back Yard“) oder eine abgeschwächte Form der Ablehnung (NAMBY: „Not all in my Back Yard“) (zitiert in Jenssen 2010, S. 244). Das NIMBY-Konzept wird allerdings auch häufig als verkürzt und zu vereinfachend bezeichnet.

Zografos und Martínez-Alier (2009) zum Beispiel bedienen sich Konzepten der Politischen Ökologie und verweisen auf bestehende Machtverhältnisse und eine ungleiche Verteilung von Kosten und Nutzen von Landnutzungsänderungen als hauptsächliche Bestimmungsfaktoren für Umweltkonflikte anstelle von individuellen NIMBY-Verhaltensweisen. Zografos und Martínez-Alier zeigen am Beispiel von lokalem Protest gegen Windenergieanlagen, dass sowohl das NIMBY-Phänomen als auch die Vermutung, dass die negative Haltung der lokalen Bevölkerung allein aus einem Mangel an Information erklärt werden kann, zu kurz geraten. Zum Beispiel ließe die NIMBY-These nicht erkennen, ob das Projekt nur aufgrund der Nähe zum Wohnort kritisch gesehen wird oder ob auch andere Gründe wie etwa eine generelle Unzufriedenheit mit dem gewählten Entwicklungspfad vorliegen.

Jegen und Audet (2011) finden in ihrer Studie über die Auseinandersetzungen um Windkraft heraus, dass die Ablehnung einer Windkraftanlage durchaus auch auf einer Ablehnung des gewählten Entwicklungs- und Implementierungsmodells beruhen kann. In ihrer Analyse machen sie die mentalen Leitbilder der Akteure zum Fokus der Konfliktanalyse und identifizieren drei verschiedene Interessenkoalitionen, die in Anlehnung an Lovins (1977) jeweils einem „weichen“, „harten“ oder „nationalen“ Entwicklungspfad anhängen. Der „harte Pfad“ bezieht sich auf einen zentralen und großflächigen Windenergieausbau, der „weiche Pfad“ setzt auf dezentralen Ausbau in öffentlicher oder Kleinanlegerhand und der „nationale Pfad“ favorisiert jedwede Ausbaugröße, solange die Steuerung und das Eigentum in staatlichen Händen verbleiben. Die Auseinandersetzung um Windkraft erfolgt daher nicht entlang der Linie „Pro vs. Kontra Windkraft“, sondern dreht sich um das „wie“.

Die Frage, ob Belange des Gemeinwohls gefördert bzw. beeinträchtigt werden, spielt eine wichtige Rolle in energiepolitischen Konflikten. Gemeinwohl ist dabei nicht nur ein Argument, das von Kontrahenten immer wieder ins Feld geführt wird, sondern ebenfalls ein vieldiskutiertes Konzept in den Sozialwissenschaften.

## **2.2 Commons und Gemeinwohl**

Das Interesse der Sozialwissenschaften an Commons, Gemeinwohl und Gemeinschaftsgütern ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Exemplarisch steht hierfür die Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften 2009 an Elinor Ostrom für ihre Arbeiten zur Regelung der Nutzung von Gemeinschaftsgütern (Ostrom 1990, 2011). Ihr Werk zeigt, dass Gemeinschaftsgüter unter bestimmten Voraussetzungen in Selbstorganisation genutzt und erhalten werden können. Sie widerspricht damit der Annahme von der „Tragik der Allmende“ (Hardin 1968), dass offen zugängliche Güter zwangsweise übernutzt bzw. schlecht instandgehalten werden, weil jeder nutzende Akteur nur auf seinen persönlichen Gewinn orientiert ist. Ostrom (1990) stellt dabei acht Prinzipien für die Regelung von Gemeinschaftsgütern auf, beispielsweise müssen die Grenzen des Systems klar definiert sein und Konfliktlösungsmechanismen für die Akteure vorliegen. Dieses Kapitel schlägt eine Brücke zwischen der grundsätzlichen Diskussion um Gemeinschaftsgüter und Gemeinwohl und der Frage nach der Verwirklichung von Gemeinwohlzielen im Energiesektor.

### a) Begrifflichkeiten: Commons, Gemeinwohl und Gemeinschaftsgüter

Moss et al. (2013, S. 3ff.) identifizieren drei Stränge in der Gemeinschaftsgutforschung. Dies sind erstens institutionenökonomische Arbeiten wie die von Elinor Ostrom. Zweitens handelt es sich um Arbeiten neoklassischer Ökonomen, die Güter entsprechend der Ausschließbarkeit und Rivalität ihrer Nutzung in öffentliche oder private Güter klassifizieren (Olson 1965). Schließlich gibt es drittens jüngere Arbeiten, die Gemeinschaftsgüter als eine Eigentumsform jenseits kapitalistischer Verwertungslogiken verstehen (Harvey 2013; Negri und Hardt 2010). Die Schaffung von Gemeinschaftsgütern („Commoning“) wird als eine Strategie verstanden, um Möglichkeiten für die gemeinsame Nutzung und Erhaltung von Ressourcen zu schaffen (De Angelis 2003). Daran schließen humangeographische Arbeiten an, die sich mit der „Wiederentdeckung“ öffentlichen Eigentums befassen (Cumbers 2012). Gemeinschaftsgüter, verstanden als Form, in der gemeinsam etwas geschaffen, genutzt und erhalten wird, beinhalten immer eine normative Komponente. Die Art der Aushandlung von Regeln der Nutzung und Erhaltung verweist damit auf Vorstellungen davon, wie die Nutzung einer Ressource organisiert sein sollte. Gemeinschaftsgüter sind damit mit Gemeinwohlzielen und der Frage des Gemeinwohls eng verwoben.

Nach Moss et al. (2009, S. 38) lässt sich das Gemeinwohl „als Interesse aller beziehungsweise der Allgemeinheit definieren. Es steht damit im Gegensatz zum Interesse Einzelner oder zum Interesse von Gruppen“. Die Bestimmung von Gemeinwohl unterliegt dabei immer räumlich-zeitlichen Kontexten. So wurde der Begriff im ausgehenden Mittelalter gegen die Willkür von Fürsten gerichtet und sollte eine Leitlinie zur Legitimation ihrer Herrschaft liefern (ebd., S. 39; Eberhard 1986). Rousseaus (2006) Konstrukt der „volonté générale“ bezeichnet das Gemeinwohl als gegebenen Willen des gesamten Volkes. Das Gemeinwohl ist in dieser Sichtweise ein fester Orientierungspunkt, ein beinahe statisches Konstrukt, das das öffentliche Interesse widerspiegelt. Man könnte diese Perspektive auf das Gemeinwohl daher als republikanisch bezeichnen, Schuppert und Neidhard (2002) sprechen von „substantialistisch“.

In letzter Zeit hat sich in den pluralistischen Gesellschaften des Westens ein anderes Verständnis durchgesetzt, das Gemeinwohl – oder „public interest“ – als das Ergebnis von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen begreift. Diese Sichtweise bricht mit der Idee, dass Gemeinwohlziele universell bestehen und bereits vorgegeben sind (Moss et al. 2013, S. 24). Die Notwendigkeit, eine Idee des Gemeinwohls gesellschaftlich auszuhandeln, führt jedoch dazu, dass das Gemeinwohl selbst zu einem „hochgradig umkämpften Feld“ (Carothers 1999, S. 21, eigene Übersetzung) wird. Das gleichberechtigte Nebeneinanderstehen verschiedener Ansprüche an und Verständnisse von Gemeinwohl führt dazu, dass Gemeinwohl nicht a priori festgelegt werden kann. Vielmehr ist eine offene Definition von Gemeinwohl notwendig (Moss et al. 2009, S. 42; Schuppert 2002). Wenn das Gemeinwohl Ergebnis gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse ist, so wird es räumlich und zeitlich an diese Aushandlung gebunden. Gemeinwohl wird „prozedural“ festgelegt (ebd.). Durch die Betonung des Nebeneinanders verschiedener Interessen und der Betonung von Aushandlungsprozessen könnte diese Sichtweise auch als liberal bezeichnet werden.

Eine dritte mögliche Perspektive diskutiert das Gemeinwohl im Kontext bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse. Aushandlungen und Festlegungen des Gemeinwohls werden zu einem Teil des „Kampfes um Ideen“, in dem einige Akteure entweder durch weniger Ressourcen oder

durch differenzierte Formen der Ausgeschlossenheit geringere Chancen besitzen, sich am politischen Prozess zu beteiligen und auf die Diskussionen um das Gemeinwohl Einfluss zu nehmen (Jessop und Sum 2012; Kreckel 2004). Die Aushandlung des Gemeinwohls ist damit nicht zwingend ein gleichberechtigter Prozess, sondern „zuerst eine politische Frage, ihre jeweils konkrete Beantwortung Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse“ (Lederer und Naumann 2010, S. 109). Diskussionen um das Gemeinwohl können damit mehrere Facetten haben: Sie können 1) normative Forderungen enthalten, etwas zu verändern, können aber 2) ebenso benutzt werden, um bestehende gesellschaftliche Paradigmen mit einem Gemeinwohlbezug zu versehen, damit Bestehendes zu konsolidieren und dadurch 3) Machtverhältnisse zu verschleiern (vgl. Peck und Theodore 2013, S. 176 zu sozio-ökonomischen Imaginationen; Hodson und Marvin 2012 zu Visionen). Diese dritte Perspektive auf Gemeinwohl kann entsprechend ihrer Denkrichtung als kritisch bezeichnet werden.

### **b) Gemeinschaftsgut Energie?**

Mittlerweile liegen erste, mitunter sehr heterogene Arbeiten vor, die Energie aus einer Gemeinschaftsgutperspektive betrachten (z. B. Bond 2012; Lambing 2012; Thiel 2010). Daran schließt die Frage an, welche Regelungsformen und -bedarfe für das Gemeinschaftsgut Energie bestehen und was dessen räumliche Ausprägungen sind (siehe hierzu ausführlich Moss et al. 2013, S. 6ff. und S. 23ff.) In einer Auswertung der Literatur zum Thema stellen Moss et al. (ebd., S. 28ff.) allerdings fest, dass die einzelnen Komponenten und Aspekte von Energiesystemen sehr unterschiedliche Gemeinschaftsguteigenschaften aufweisen können. Energieträger, Energieinfrastrukturen oder Energielandschaften sind von unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten, Nutzungs rivalitäten und externen Effekten gekennzeichnet. So sind beispielsweise Kraftwerke, Verteilnetze oder Primärenergiequellen jeweils unterschiedlichen Güterarten zuzuordnen.

Wenn Energie als Gemeinschaftsgut betrachtet wird, stellt sich die Frage, welchen Beitrag Energiesysteme zum Gemeinwohl liefern. Gemeinwohlfragen spielen in lokalen energiepolitischen Konflikten eine wichtige Rolle, obwohl sie bislang nur selten explizit thematisiert werden. Einige Arbeiten versuchen, Gemeinwohl anhand von öffentlichen Unternehmen bzw. Infrastruktur konkreter zu bestimmen (Lederer und Naumann 2010; Naumann und Moss 2012). Hierbei werden gesellschaftliche Funktionen identifiziert, die Gemeinwohlziele von Infrastruktur berühren und in Tabelle 1 auf die Energieversorgung bezogen werden. Damit werden nicht nur die bestehenden politischen Ansprüche an Infrastrukturen umrissen, sondern auch die verschiedenen, teilweise miteinander konkurrierenden Aspekte des Gemeinwohls abgesteckt. Die Formulierung dessen, was unter Gemeinwohl verstanden wird, ist damit eine Aushandlung verschiedener, zum Teil auch widersprüchlicher Partikularinteressen.

Neue Organisationsformen werden häufig als eine Möglichkeit gesehen, Gemeinwohlziele zu realisieren und institutionell zu verankern. Rekommunalisierungen werden beispielsweise auch damit begründet, dass kommunale Unternehmen – im Gegensatz zu allein profitorientierten privatwirtschaftlichen Unternehmen – stärker Belange des Gemeinwohls in ihrer Praxis berücksichtigen (Naumann 2011). Das folgende Kapitel fasst daher kurz die sozialwissenschaftliche Debatte zu Institutionenwandel und neuen Organisationsformen zusammen.

<b>Gesellschaftliche Funktion</b>	<b>Gemeinwohlziele</b>
Strukturpolitische Funktionen	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Gewährleistung einer zuverlässigen Versorgung mit Elektrizität, Wärme und Gas</li> <li>– Steigerung der Unabhängigkeit von Energie- und Rohstoffimporten</li> <li>– Versorgungsunternehmen als regionaler Investor, Arbeitgeber und Träger von Innovationen</li> </ul>
Umweltpolitische Funktionen	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Verminderung von Treibhausgasemissionen</li> <li>– Schonung von Ressourcen</li> </ul>
Sozialpolitische Funktionen	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Gesellschaftliche Teilhabe</li> <li>– Sozialverträgliche Energiepreise</li> </ul>
Demokratiepolitische Funktionen	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Förderung von kommunaler Selbstverwaltung, demokratischer Teilhabe und bürgerschaftlichem Engagement</li> </ul>
Haushaltspolitische Funktionen	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Entlastung kommunaler Haushalte</li> </ul>
Symbolische Funktionen	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Stärkung der Identitäts- und Profilbildung von Städten und Regionen durch lokale und regionale Ver- und Versorgungsunternehmen</li> </ul>

**Tabelle 1: Gesellschaftliche Funktionen und Gemeinwohlziele in der Energieversorgung**

Quelle: eigene Darstellung nach Naumann und Moss 2012

### 2.3 Institutionenwandel und neue Organisationsformen

Die Diskussion über Konflikte hat gezeigt, dass die Energiewende kein rein technologischer Übergang zwischen verschiedenen Energieträgern ist, der sich in einem sozialen Vakuum abspielt. Vielmehr wird die Energiewende auch als gesellschaftliche Herausforderung (WBGU 2011) wahrgenommen. Sie umfasst nicht nur das Errichten von Windrädern, die Installation von Solaranlagen oder die Nutzung von Biomasse für die Erzeugung von Wärme und Elektrizität. Vielmehr umfasst sie auch neue Regelungen und neue Akteure, wie Ökostromanbieter, neue lokale Kooperationsformen wie Bioenergiedörfer, und „neue“ Unternehmen und Eigentumsformen wie Stadtwerke und Energiegenossenschaften. Diese nicht-technischen Entwicklungen können unter den Begriffen „Institutionenwandel“ und „neue Organisationsformen“ zusammengefasst werden. Damit sind neu entstehende Rechts- und Eigentumsformen und deren Organisationsstruktur sowie die Art gemeint, wie in ihnen Entscheidungen und Prozesse geregelt und politische Ziele und Ansprüche eingeschrieben sind. Außerdem erfasst der Begriff neue Organisationsformen auch deren Einbettung in formelle und informelle politische und ökonomische Beziehungen in Sinne einer Governance von Energie auf lokaler Ebene.

#### a) Von Institutionen, Organisationen und Strukturen:

##### Verschiedene Zugänge der sozialwissenschaftlichen Forschung

Organisationen und Institutionen sind Gegenstand intensiver sozialwissenschaftlicher Debatten und namensgebend für gesamte Teildisziplinen wie die Organisationssoziologie (Katz und

Gartner 1988; Selznick 1948; für einen Überblick: Gmür 1993) oder die Institutionenökonomie (North 1990; Ostrom 1990; Williamson 2000). Daher kann in diesem Kapitel nur ein sehr kleiner Einblick in die Diskussion gegeben werden. Institutionen und Organisationen sind dabei keinesfalls identische theoretische Konzepte (Scott 2001; Selznick 1948). Zwar ist die sozialwissenschaftliche Geschichte dieser beiden Begriffe miteinander verwoben, doch verweist der Institutionenbegriff auf hintergründigere Strukturen. Während eine Organisation als „an der Verfolgung relativ spezifischer Ziele orientierte Kollektivität mit einer relativ stark formalisierten Sozialstruktur“ (Scott 1986, S. 45) definiert werden kann, werden Institutionen als „kulturell-kognitive, normative und regulative Elemente, die zusammen mit verbundenen Handlungen und Ressourcen, für Stabilität und Sinn im sozialen Leben sorgen“ (Scott 2001, S. 45) verstanden. Andere Autoren, wie North (1990) und Ostrom (1990), verstehen dagegen Institutionen als Regelsysteme, die das Verhalten von Akteuren lenken. Damit umfassen Institutionen auch informelle Elemente, wie zum Beispiel Traditionen, Konventionen, kulturell vermittelte Werte und Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster einer Gesellschaft. Während Organisationen notwendigerweise eine formale Struktur aufweisen, steht das hier verwendete Verständnis von Organisationsformen zwischen beiden Begriffen. Es umfasst die formelle Regelung von Eigentum und Prozessen ebenso wie die Einbettung in formelle und informelle Beziehungen.

Was beide Begriffe eint und sie anschlussfähig für eine Diskussion des Entstehens neuer Organisationsformen macht, ist die Auffassung, dass sie „gelebt“ werden müssen (Berger und Luckmann 1967, S. 75), also im Handeln von Akteuren konstruiert und aufrecht erhalten werden. Vor diesem Hintergrund erhält das Handeln von Akteuren eine zentrale Bedeutung in den sozialwissenschaftlichen Diskussionen über neue Organisationsformen und institutionellen Wandel. In diesem Zusammenhang ist Giddens' (1984) Ansatz der „Strukturierung“ ein mittlerweile klassischer Referenzpunkt in der sozialwissenschaftlichen Theorie und damit auch der Energieforschung. Kernpunkt ist dabei, dass Strukturen nicht den Individuen und ihrem Handeln äußerlich sind, sondern mittels einer Dualität verknüpft sind:

„Gemäß dem Begriff von der Dualität der Struktur sind die Strukturmomente sozialer Systeme sowohl Medium wie Ergebnis der Praktiken, die sie rekursiv organisieren (...) Struktur darf nicht mit Zwang gleichgesetzt werden: Sie schränkt Handeln nicht nur ein, sie ermöglicht es auch“ (Giddens 1997, S. 77f.)

Das In-Beziehung-Setzen von Handeln und Struktur greift dabei eine Lücke auf, die auch in anderen Diskussionen zentral ist. So untersuchen Powell und DiMaggio (1983) in ihrem Ansatz der „organisational fields“ wie in einem politischen Prozess Strukturen zwischen Organisationen entstehen.<sup>1</sup> Das Verhältnis zwischen kollektiven und einzelnen Akteuren und entstehenden und sich wandelnden Institutionen war ebenso ein zentrales Thema in der Diskussion um einen Akteur-zentrierten Institutionalismus (Scharpf 2000). Die Schule des Historischen Institutionalismus (Hall und Taylor 1996, für eine Kritik siehe: Hay und Wincott 1998) untersucht diese Frage anhand von Langzeitstudien in verschiedenen Politikfeldern. Wichtig ist hier festzuhalten, dass diese ver-

---

1 Ein neuerer Ansatz, der explizit auch zivilgesellschaftliche und weniger „organisierte“ Akteure integriert, ist der des „Strategic Action Fields“ (Fuchs et al. 2012).

schiedenen Diskussionsstränge ein relationales Verständnis von Handeln und emergenten Strukturen – vereinfachend sowohl für Institutionen als auch für Organisationen verwendet – teilen: Strukturen begrenzen und ermöglichen soziales Handeln. Auf der anderen Seite werden sie durch Handeln „geschaffen, aufrechterhalten und verändert“ (Barley und Tolbert 1997, S. 112).

Dass bei Bestrebungen, auf Strukturen einzuwirken und diese zu verändern, nicht alle Akteure die gleichen Voraussetzungen haben, wird im Ansatz des „Strategic Relational Approach“ (Jessop 1990, 2001, 2010) betont. So beinhaltet eine strategisch-relationale Perspektive auf soziale Strukturen eine „strukturell eingeschriebene strategische Selektivität“ (Jessop 2010, S. 41). Das bedeutet, dass die Strukturen eines Systems, und damit auch die Möglichkeit, diese zu verändern, „offener für bestimmte Arten einer politischen Strategie sind, als andere“ (ebd., S. 36). Vor diesem Hintergrund entwickeln Akteure ihre jeweilige „strategisch kalkulierende strukturelle Orientierung“, die jedoch nicht fest gegeben ist, sondern „im Rahmen der eigenen Identitäten und der Interessen reformuliert“ werden kann (ebd., S. 41). Es entsteht eine komplexe Perspektive, weil durch das Konzept der strategischen Selektivitäten angenommen werden kann, dass Strukturen, die manche Akteure beschränken, für andere die Grundlage des Handelns sein können (ebd.).

Der Fokus auf Handeln bedeutet grundsätzlich auch, dass Strukturen nicht unabhängig von ihrem räumlichen und zeitlichen Kontext bestehen können. Die von Jessop beschriebenen Selektivitäten sind dabei nicht nur für Organisatoren und politische Strukturen relevant, sondern ebenso auch für räumliche Strukturen und Beziehungen (Jessop et al. 2008). Raumstrukturen werden über gesellschaftliche Strukturen mit produziert, weil jede „Organisation, Institution, [jedes] institutionelle Ensemble oder [jede] strukturelle Konfiguration diverse Modalitäten mit sich bringt, in denen und durch die räumliche und zeitliche Handlungshorizonte in verschiedenen Feldern produziert, räumliche und zeitliche Rhythmen geschaffen, und einige Praktiken und Strategien privilegiert und andere behindert werden“ (Jessop 2010: 46, eig. Übersetzung). Um ein Beispiel zu geben: Ein Bioenergiedorf oder ein neues Stadtwerk stehen für eine Relokalisierung von Entscheidungen und Geldströmen, wenn man sie mit einem bisherigen privaten Regionalversorger vergleicht. Die Organisation hat einen Einfluss auf die räumlichen Strukturen und Beziehungen, gleichzeitig sind sie das Ergebnis des strategischen Handelns von Akteuren, die sich wiederum in der neuen Struktur zurechtfinden müssen. Während der bisherige Energieversorger möglicherweise große Schwierigkeiten hat, seinen Kundenstamm zu halten, wurde für die Stadtverwaltung eine Basis geschaffen, die Energiewende vor Ort direkt zu steuern. Die neue Organisationsform vereinfacht damit das Handeln oder vergrößert den Einfluss einiger Akteure, während sie andere benachteiligt. Allerdings spielt sich dieser Prozess der Reorganisation innerhalb von „strukturellen Grenzen“ ab, die von den Akteuren „innerhalb einer gegebenen Zeitspanne nicht verändert werden können“ (ebd., S. 44). Dies betrifft die rechtlichen Rahmenbedingungen, die auf höheren föderalen Ebenen geschaffen werden, aber ebenso ökonomische Tausch- und Verwertungsstrukturen.

Zusammenfassend machen diese sozialwissenschaftlichen Diskussionen eines deutlich: Strukturen, Institutionen und Organisationsformen sind das Ergebnis und der Rahmen des Handelns von Akteuren. In diesem Zusammenhang können sie auch verändert werden, was wiederum einige Akteure bevorzugen und andere ausschließen kann. Sie bestehen dabei nicht unabhängig von ih-

rem gesellschaftlichen und räumlichen Kontext, vielmehr sind sie in diesen eingebettet und mit diesem verschränkt. Gleichzeitig ist dieser Kontext ebenso strukturiert und Veränderungen unterworfen, während lokale Akteure dies nur bedingt beeinflussen können. Es ist eben dieses Spannungsfeld, in dem sich Institutionen verändern und neue Organisationsformen im Energiebereich entfalten.

### **b) Organisationen und Institutionen in der sozialwissenschaftlichen Energieforschung**

Entgegen der großen Bedeutung, die Institutionen und Organisationen allgemein in sozialwissenschaftlichen Debatten haben, erscheinen sie in Werken und Diskussionen zur Energiewende häufig nur als ein Faktor unter vielen. In diesem Kapitel werden zwei zentrale sozialwissenschaftliche Debatten herausgegriffen, die verdeutlichen, wie Organisationen und Institutionen diskutiert werden, aber auch warum es sinnvoll ist, ein tieferes Verständnis von Institutionen und Organisationsformen in Energiewendeprozessen zu erlangen.

In der Debatte um so genannte Transitionen zu Nachhaltigkeit („Sustainability Transitions“) werden Veränderungen in sozio-technischen Systemen, wie Energie oder auch Verkehr, als Ergebnis des Verhältnisses von kleinen innovativen Nischen, bestehenden Regimen und Veränderungen auf der Landschaftsebene gesehen (siehe hierzu Geels 2002; Geels und Schot 2007; Markard et al. 2012). Der Begriff des Regimes umfasst dabei eine Art „Grammatik, die in einen Komplex von Ingenieurspraktiken, technologischen Produktionsprozessen, Produkteigenschaften, Fähigkeiten und Vorgänge, die Art und Weise relevante Gegenstände zu handhaben, Personen und die Art der Definition von Problemen eingebettet ist“ (Rip und Kemp 1998, S. 340, eigene Übersetzung). Dieser breite Begriff eines Regimes deckt sich mit der hier vorgetragenen Auffassung, dass das Energiesystem nicht nur durch seine technologischen Eigenschaften zu verstehen ist. Dem Verständnis des Ansatzes nach können Organisationen und Institutionen ein Teil des Regimes, jedoch ebenso von entstehenden Nischen sein (Geels 2004). Institutionen werden dabei häufig als äußerer Kontext von System-Transitionen verstanden, es heißt, dass „formelle und informelle Regelsysteme den Gestaltungsspielraum, Systeminnovationen voranzubringen, sowohl ermöglichen als auch einschränken können“ (Kern 2011, S. 1129, eigene Übersetzung). Das entspricht dem oben skizzierten Verständnis von Giddens, auf das sich Kernautoren dieser Debatte auch beziehen (Geels 2004; Geels und Schot 2007). Was in dieser Sichtweise jedoch weniger in den Blick gerät, ist, wie sich innerhalb von Transitionsprozessen Organisationsstrukturen verändern können und möglicherweise auch müssen. Zwar wird ebenso davon ausgegangen, dass institutionelle Regeln „für gewöhnlich Auswirkungen auf die physikalischen, institutionellen und kulturellen Voraussetzungen von Handlungen“ haben (Geels 2004, S. 907, eigene Übersetzung), wie jedoch Akteure durch ihr bewusstes strategisches Handeln neue Strukturen und Organisationen schaffen, die ihre Position gegenüber einem vorherigen Zustand verbessern oder verschlechtern, ist hier bisher nicht Teil der Diskussion (Smith et al. 2005; Lawhon und Murphy 2012). Gleiches gilt für die Frage, wie das konkrete Ziel von Transitionen bestimmt wird. Entgegen der Analyse, dass Nachhaltigkeit ein sehr umstrittenes Konzept mit vielen möglichen Bedeutungen ist (Connelly 2007), wird hier „tendenziell die Findung eines Konsenses über die Ziele als unproblematisch angesehen“ (Smith et al. 2005, S. 1503). Eine Perspektive, die dagegen in den Blick nimmt, welche Aushandlungsprozesse zur Bestimmung des Gemeinwohls greifen, könnte auch



diese Lücke füllen. Hervorzuheben ist jedoch die zeitliche Perspektive der Transitions-Forschung, die bereits im Begriff der Transition als Übergang zwischen zwei verschiedenen Zuständen angelegt ist. Während die Fragen von institutionellem Wandel und Gemeinwohl innerhalb der Transitions-Debatte noch in den Anfängen stecken, können wir hier viel über Pfadabhängigkeiten und ebenso gescheiterte Transitionen lernen.

Eine etwas andere Perspektive nimmt die Diskussion um „Grassroots Innovationen“ ein (Seyfang und Smith 2007; Hargreaves et al. 2013). Aus einer Kritik an der Transitions-Debatte erwachsend, steht hier das Handeln von „Netzwerken von Aktivisten und Organisationen“ im Mittelpunkt, die „neue Lösungen für nachhaltige Entwicklung von unten entwickeln“ (Seyfang und Smith 2007, S. 585, eigene Übersetzung; s. a. Smith et al. 2005). Die Autoren übernehmen die Begrifflichkeiten der Transitions-Debatte, stellen jedoch heraus, dass sich Nischen auch als normativer Widerspruch gegen bestehende Regime entwickeln können (ebd., S. 592). Im Energiebereich wurde die Idee der Grassroots Innovationen vor allem an gemeinschaftlichen Energieprojekten auf meist lokaler Ebene, so genannten Community Energy-Projekten, in Großbritannien diskutiert (Walker und Devine-Wright 2008; Seyfang und Haxeltine 2012; Seyfang et al. 2013). Während in diesen Arbeiten das gemeinsame Agieren von verschiedenen Gruppen im Mittelpunkt steht, bleibt die Frage der tatsächlichen Organisations- und Eigentumsform genauso offen, wie die Auswirkungen solcher Projekte auf lokale Governanceprozesse (Walker und Devine-Wright 2008). So zählen auch Gill Seyfang und Adrian Smith (2007) in ihrem programmatischen Aufsatz zu Grassroots Innovationen nur eine Vielzahl möglicher Organisationsformen auf: „Genossenschaften, Vereine, Tauschringe, informelle Gemeindegruppen, soziale Unternehmen“ (ebd., S. 591). Wie diese Vielfalt wirkt und institutionell gestaltet werden kann, wird dabei jedoch nur oberflächlich berührt. Das betrifft ebenso die Frage, welche Akteure auf der lokalen Ebene und darüber hinaus ihren Einfluss vergrößern können oder dieser eingeschränkt wird. In Bezug auf die normative Dimension neuer Organisationformen wird in dieser Debatte zwar nicht wie oben ein Konsens vorausgesetzt, aber tendenziell erscheinen die Projekte der Grassroots Innovationen als abgeschottete Nischenlösungen, die sich eher auf eine begrenzte Gemeinschaft, denn auf eine Verständigung aller relevanten lokalen Akteure beziehen.

Diese offenen Fragen bieten einen Ansatzpunkt für vertiefende Forschungen zum Entstehen neuer Organisationsformen im Zusammenhang mit energiepolitischen Konflikten, aber auch mit Aushandlungen darüber, was als Gemeinwohl zu verstehen ist. Wie diese Fragen zusammenhängend sozialwissenschaftlich untersucht werden können, stellt das EnerLOG-Analysewerkzeug in Kapitel 4 dar. Zuvor wendet sich dieses Working Paper jedoch der Bedeutung von energiepolitischen Konflikten, Diskussionen um das Gemeinwohl und neue Organisationsformen in der deutschen Energielandschaft zu.

### **3 Empirische Erkundungen: Lokale Energiewenden als politische Herausforderung**

Beschlüsse der Bundesregierung und Vorgaben der Europäischen Union, den Anteil der erneuerbaren Energien erheblich zu steigern und dadurch den Ausstoß von Treibhausgasen weiter zu reduzieren, legen die Ziele für einen Transformationsprozess fest, der neben technologischen Veränderungen auch die bisherige institutionelle Verfasstheit des Energiesektors herausfordert. Die Energiewende besteht nicht nur aus neuen Möglichkeiten der dezentralen Strom- und Wärmeversorgung auf der Grundlage erneuerbarer Energieträger, sondern hat bereits jetzt die Akteurslandschaft im Energiebereich maßgeblich verändert. Über 600 neue Energiegenossenschaften Ende 2013 in Deutschland (Energiewende Jetzt 2013), Neugründungen von kommunalen Energieversorgern und der Wandel von Konsumenten zu „Prosumenten“ stellen traditionelle Marktstrukturen in Frage (Matthes 2011). Sowohl bei Erzeugungsanlagen und Verteilnetzen als auch bei Akteuren und Organisationen lässt sich ein Aufeinandertreffen von dezentralen Formen und traditionell zentral organisierten Strukturen beobachten.

Dass sich diese Konfrontation an einzelnen Orten konkret nachvollziehen lässt, liegt auf der Hand. Doch sind einzelne Orte und Gemeinden dieser „Großen Transformation“ (WBGU 2011) nicht einfach nur ausgeliefert. Die lokale Ebene ist zum einen der Ort der Umsetzung von Zielvorgaben innerhalb des politischen Mehrebenensystems. Zum zweiten ist sie auch der Ort von Aushandlungen, kollektiven Willensbildungen und natürlich auch Konflikten. Neue Organisationsformen, die zwar schwerpunktmäßig im ländlichen Raum (Kunze 2012), aber längst nicht mehr nur dort entstehen, legen hiervon Zeugnis ab. Die Umbrüche im Zuge der Energiewende verwandeln die lokale Ebene in einen Ort, in dem sich die politischen Herausforderungen der Energiewende nicht nur beobachten, sondern auch gestalten lassen. Das folgende Kapitel unterstreicht die Wichtigkeit der lokalen Ebene bei der Realisierung der Energiewende und fragt nach Konflikttypen, deren Bezügen zu Fragen des Gemeinwohls und der Rolle von neuen Organisationsformen.

#### **3.1 Lokale energiepolitische Konflikte**

Während die bundesdeutsche Energiewende insgesamt über eine große gesellschaftliche Mehrheit verfügt und grundsätzlich kaum mehr in Frage gestellt wird, so stellt deren konkrete Umsetzung auf der lokalen und regionalen Ebene ein äußerst umstrittenes Thema dar (Marg et al. 2013). Erste explorative Untersuchungen für das Land Brandenburg zeigen, dass die Nutzung nahezu jedes Energieträgers mit zivilgesellschaftlichen Protest konfrontiert ist (Becker et al. 2012). Saretzki (2010) entsprechend gibt es verschiedene Gegenstände, an denen sich ein Konflikt entfalten kann. Bundesweit stellen vor allem Anlagen der Windenergie kontroverse Konfliktfälle dar (Brücher 2009, S. 190f.). Das betrifft die Errichtung wie auch den Ausbau bestehender Anlagen durch das so genannte Repowering (Schomerus et al. 2010). Ein weiterer Gegenstand von Konflikten kann der Ausbau oder die Neuerrichtung von Stromtrassen sein (Hübner und Hahn 2013; Marnich 2013). Gleiches gilt für Biomasseanlagen und den Anbau von Biomasse (Ott et al. 2008). Die traditionsreichen Konflikte um Abbaustätten und Kraftwerke fossiler und nuklearer Energieträger werden in diesem Working Paper dagegen nicht behandelt.

Jedoch nicht nur der Neubau bzw. der Ausbau erneuerbarer Energieanlagen können Gegenstand eines Konflikts sein. Die Volksentscheide um eine Rekommunalisierung der Energienetze in

Hamburg und Berlin belegen eindrücklich, dass auch die Fragen von Eigentum und organisatorischer Trägerschaft der Energieversorgung heftig umstritten sind. Die Bedeutung des lokalen Bezugs wird in der rhetorischen Figur von „Unserem Stadtwerk“ in Debatten um eine Rekommunalisierung der Stromversorgung in zahlreichen Städten deutlich. Dem „eigenen“ bzw. „lokalen“ Energieversorger wird der überregionale oder auch internationale Energiekonzern von „außen“ gegenübergestellt.

In der Diskussion um Konflikte in der Energiewende spielt die lokale Akzeptanz beim Ausbau erneuerbarer Energieträger eine immer wichtigere Rolle (Jenssen 2010, S. 191f.). Dies bezieht sich unter anderem auf das NIMBY-Konzept, das häufig in der Beschreibung lokaler energiepolitischer Konflikte herangezogen wird (siehe Kapitel 2.1). Darüber hinaus können sich in lokalen energiepolitischen Konflikten unterschiedliche Landschaftskonzepte niederschlagen, die sich dann in jeweils verschiedenen Argumentationsmustern und Diskurskoalitionen ausdrücken (Otto und Leibenath 2013). Andere Erklärungsansätze sehen unterschiedliche Rationalitätstypen (wie etwa „Individualismus“, „Hierarchie“ oder „Fatalismus“) als Hintergründe für Konflikte (Jenssen 2010, S. 232f.) Die Stärkung und der Ausbau von bestehenden Formen der Partizipation werden häufig als Möglichkeit gesehen, Konflikten vorzubeugen. Demgegenüber stehen die Grenzen der bestehenden Formen von Bürgerbeteiligung (Heinrichs 2013) wie auch eine kritische Betrachtung von Beteiligung als Instrument für „Akzeptanzbeschaffung“ (Wagner 2013).

Der hohe Stellenwert, den Akzeptanz in der politischen Diskussion erhält, unterstreicht die Notwendigkeit, nicht nur auf die Gegenstände von Konflikten, sondern auch deren soziale Einbettung in ein Geflecht von unterschiedlichen Akteuren und Interessen zu analysieren. Wenn Gegenstände und die soziale Dimension von Konflikten zusammen betrachtet werden (Saretzki 2010, S. 41f., siehe Kapitel 2.1), können fünf verschiedene Typen von lokalen energiepolitischen Konflikten unterschieden werden. Diese müssen jedoch als Idealtypen verstanden werden und treten häufig miteinander verschränkt auf (siehe Tabelle 3). Diese Typologie unterscheidet sich von den in Kapitel 2.1 identifizierten Konflikttypen darin, dass letztere unabhängig von energiepolitischen Themen auf die grundlegenden Ursachen von Konflikten eingehen. Die folgende Zusammenstellung versucht, allgemeine Konflikttypen mit den Charakteristika der Energiewende zu verbinden.

<b>Verteilungskonflikte</b>	Konflikte um die Beteiligung an den finanziellen Erträgen bei der Errichtung von Anlagen erneuerbarer Energien sowie um die Nutzung des erzeugten Stroms (z. B. Begünstigte vs. Nicht-Begünstigte, Anwohner vs. überregionale Investoren, „alte“ vs. „neue“ Anwohner)
<b>Verfahrenskonflikte</b>	Konflikte um Planungs- und Entscheidungsverfahren (z. B. Zugang zu Informationen und Beteiligung, Transparenz von Entscheidungen, Zeitpunkt von Entscheidungen)
<b>Standort- bzw. Landnutzungskonflikte</b>	Konflikte um die Nutzung von Flächen und Land bzw. deren Konsequenzen für das Landschaftsbild, Geruchs- und Lärmbelastigungen (z. B. Windparks vs. „Verspargelung“)
<b>Identitätskonflikte</b>	Konflikte um das übergreifende Leitbild der Entwicklung von Gemeinden und Regionen (z. B. „Energierregion“ vs. „Tourismusregion“)
<b>Energieträgerkonflikte bzw. technologische Konflikte</b>	Konflikte um die prinzipielle Nutzung von bestimmten Energieträgern bzw. Technologien (z. B. fossile vs. erneuerbare Energieträger)

**Tabelle 2: Typen von lokalen energiepolitischen Konflikten**

Quelle: eigene Darstellung

Wie sehr diese Konflikttypen ineinandergreifen, zeigen drei Beispiele aus Brandenburg:

**a) „Hände weg vom Liepnitzwald!“ – Konflikte um Windräder**

Im nördlich von Berlin gelegenen Liepnitzwald (Landkreis Barnim) stößt die Ausweisung von Flächen als Windeignungsgebiet auf erheblichen Protest. Von der Bürgerinitiative „Hände weg vom Liepnitzwald“ wird nicht nur die geplante Ansiedlung von Windrädern in einem Erholungs- und Landschaftsschutzgebiet, sondern auch eine Beschränkung der kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten kritisiert. Darüber hinaus wird gefordert, dass die Windenergieanlagen nur genehmigt werden, wenn die Betreibergesellschaft sich auch am jeweiligen Standort ansiedelt. Zudem werden befürchtete negative Auswirkungen wie etwa Lichtschattenschlag, Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, Lärmbelastigungen, aber auch die Wertminderung von Grundstücken und Gebäuden als Argumente gegen die Errichtung der Windräder angeführt (Bürgerinitiative „Hände weg vom Liepnitzwald“ 2014).

**b) „Hochspannung tief legen“ – Konflikte um die Errichtung von Stromleitungen**

Die Bürgerinitiative „Hochspannung tief legen“ im Landkreis Prignitz wendete sich, am Ende mit Erfolg, gegen die geplante Errichtung einer neuen Hochspannungs-Freileitung. Unter dem Motto „Für eine Prignitz mit Weitblick“ setzte sich die Initiative für die Verlegung von Erdkabeln ein. Die grundlegende Ablehnung von Freileitungen wird mit Wertminderungen für Haus- und Grundeigentümer, Belangen des Naturschutzes und möglichen gesundheitlichen Gefährdungen der Be-

völkerung begründet. Trotz zahlreicher Einwendungen von Anwohnern und Kommunen wurden an der geplanten Freileitung lange Zeit – mit dem Verweis auf die zusätzlichen Kosten einer anderen Lösung – festgehalten. Mittlerweile hat der regionale Netzbetreiber E.ON edis jedoch von der geplanten Freileitung Abstand genommen und plant stattdessen eine Erdkabellosung (Bürgerinitiative „Hochspannung tief legen“ 2014).

### **c) Schlalacher Modell – Neue Beteiligungsformen zur Lösung von Konflikten**

In der Gemeinde Schlalach im Landkreis Potsdam-Mittelmark wurde hingegen gezeigt, wie man mit einer lokalen Lösung einen Konflikt produktiv gestalten kann. Nach der Ausweisung eines Windeignungsgebiets durch die Regionale Planungsstelle Havelland-Fläming schlossen sich hier die Grundstückseigentümer zu einer Arbeitsgruppe „Windkraft in Schlalach“ zusammen. Gleich zu Beginn wurde eine Bürgerversammlung einberufen, im Verlauf des Prozesses kristallisierte sich jedoch eine bislang ungewöhnliche Lösung heraus. Die Anwohner der Gemeinde entschieden sich, den Bauherrn und den Betreiber der Fläche selbst auszuwählen und durch ein Flächenpachtmodell auch diejenigen Grundeigentümer an den Einnahmen zu beteiligen, auf deren Flächen keine Produktionsanlagen stehen. Zusätzlich wird ein Teil der Gewinne einer Stiftung zur Verfügung gestellt, die in der Sicherung der lokalen Daseinsvorsorge tätig ist. So wird die Grundstruktur kleiner Parzellen in ein Modell verwandelt, das der Allgemeinheit im Ort zu Gute kommt (MWE 2011).

Ihre weite Verbreitung zeigt: lokale Konflikte sind ein Teil der Energiewende. Auch wenn in der kurzen Darstellung der drei Fälle nicht beleuchtet werden konnte, welche Faktoren den Ausgang eines Konflikts bestimmen, so zeigen die Beispiele verschiedene Möglichkeiten für Ergebnisse von Konflikten auf. Ein Ort oder eine Region können aufgrund energiepolitischer Auseinandersetzungen „zerrissen“ werden, während „verhärtete Fronten“ einen Austausch über eine mögliche Lösung in weite Ferne rücken. Es kann aber auch Lösungen geben, die entweder durch technologische oder organisatorische Veränderungen einen Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen ermöglichen. Konflikte können damit auch produktiv sein (siehe Kapitel 2.1), indem sie den Rahmen bieten, in dem Interessen artikuliert und integriert, neue Lösungen entwickelt und Veränderungen bewirkt werden. Dies ist nicht immer möglich, soll aber zeigen, dass ein einseitig negativer Blick auf Konflikte nicht ausreicht. Neue Organisationsformen können dabei sowohl das Ergebnis als auch der Gegenstand eines Konflikts sein. Hier steht vor allem die Rolle von Gemeinwohlzielen im Vordergrund, die helfen können, einen Ausgleich zwischen verschiedenen Partikularinteressen zu finden.

## **3.2 Energiepolitische Konflikte als Gemeinwohlkonflikte**

Gemeinwohlziele spielen in lokalen energiepolitischen Konflikten eine zentrale Rolle. Nachdem bereits in Kapitel 2.2 verschiedene Funktionen und Elemente des Gemeinwohls vorgestellt wurden, zielt dieser Abschnitt auf eine empirische Vertiefung dieser Beobachtungen. Energiebezogene Gemeinwohlziele sind auf unterschiedlichen rechtlichen und räumlichen Ebenen verankert. Das deutsche Energiewirtschaftsgesetz nennt eine „möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Gas und Elektrizität, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht“ (EnWG,

vom 07.07.2005, §1) und eröffnet damit einen Katalog möglicher Gemeinwohlziele. Gleichzeitig stellt das Gesetz diesen Zielvorstellungen privatwirtschaftliche und marktbezogene Logiken (Ströbele et al. 2012) zur Seite, indem es im gleichen Paragraphen die „Sicherstellung eines wirksamen und unverfälschten Wettbewerbs bei der Versorgung mit Elektrizität und Gas“ (EnWG, vom 07.07.2005, §1) als Ziel postuliert. Diese Gegenüberstellung verschiedener Gemeinwohlziele ist beispielhaft für die konfligierenden ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Ansprüche, die an das Energiesystem gestellt werden. Gleichzeitig gehen die bereits in Kapitel 2.2 angeführten Ziele über die reine Versorgung mit Energie weit hinaus und stellen diese in den Kontext übergreifender gesellschaftlicher Ziele. Die zuverlässige und preiswerte Energieversorgung bleibt weiterhin ein Ziel, nicht-ökonomische Gemeinwohlziele bedeuten eine Öffnung für weitere politische Ansprüche. Dies kann auch als eine Abkehr von neoliberalen Maßgaben wie betriebswirtschaftlicher Effizienz verstanden werden, die mit der umfassenden Liberalisierung, Privatisierung und Kommerzialisierung der Energieversorgung verbunden waren (Harvey 2013, S. 127f.).

Doch nicht nur in der bundesweiten Gesetzgebung, auch in lokalen Aushandlungen spielen – mitunter widerstrebende – Gemeinwohlziele eine Rolle. Die in 3.1 dargestellten Beispiele lokaler energiepolitischer Konflikte in Brandenburg illustrieren, dass Gemeinwohl in energiepolitischen Fragen nicht vorherbestimmt, sondern heftig umstritten ist. Besonders relevant auf der lokalen Ebene ist die Frage der räumlichen Abgrenzung. Wer ist die Gemeinschaft, auf die sich Gemeinwohlüberlegungen beziehen oder die Gemeinwohlziele aushandelt (vgl. Priddat 1998)? Bezieht der Wunsch auf Teilhabe nur die Dorfgemeinschaft ein oder ebenso die angrenzende Kleinstadt? So lassen sich verschiedene räumliche Bezüge des Gemeinwohls ausmachen:

1. *Maßstabsebenen der Betrachtung*: während der Ausbau erneuerbarer Energieträger auf nationaler und internationaler Ebene für den Klimaschutz und damit für nachhaltige Entwicklung insgesamt von zentraler Bedeutung ist, können auf lokaler und regionaler Ebene durchaus negative Effekte für Flora und Fauna auftreten.
2. *Dimensionen von Nutzen bzw. Schäden*: die Errichtung von Windenergieanlagen beispielsweise kann einerseits dazu beitragen, das Steueraufkommen in Kommunen zu verbessern, andererseits befürchten Anwohner die Minderung des Wertes von Haus- und Grundeigentum. Darüber hinaus kann der materielle Nutzen von Energieanlagen ideellen Werten wie dem Landschaftsbild von gewachsenen Kulturlandschaften entgegenstehen.
3. *Leit- und Landschaftsbilder*: der Beitrag der Energieversorgung für das Gemeinwohl wird ebenfalls durch grundlegende Vorstellungen über die Entwicklung einer Region bzw. einer Landschaft bestimmt. Tourismus- oder Gesundheitsregionen stellen andere Anforderungen an die Planungen von Energieanlagen als stärker agrarisch oder industriell geprägte Regionen.

Neue Organisationsformen sind sowohl die Auslöser bzw. Arenen für diese Konflikte, sie können aber auch ein Ansatz für deren Lösung sein. Die mittlerweile sehr dynamische Entwicklung neuer Organisationsformen in der bundesdeutschen Energiewirtschaft soll im folgenden Kapitel kurz zusammengefasst werden.

### **3.3 Neue Organisationsformen im Energiebereich:**

#### **Bioenergiedörfer, Energiegenossenschaften und Rekommunalisierungen**

Die Transformationen in der Energiewirtschaft sind nicht nur durch einen technologischen Wandel bestimmt, sondern auch durch vielfältige Veränderungen der Organisationsformen. In der bundesdeutschen Energieversorgung waren ab den 1990ern im Zuge der Liberalisierung der europäischen Energiemärkte zahlreiche Privatisierungen bislang öffentlicher Energieversorger prägend (Bontrup und Marquardt 2010, S. 76). Darüber hinaus etablierten sich zahlreiche neue private Akteure im Energiemarkt (ebd.). Gegenüber dem Privatisierungstrend ist in den letzten Jahren – nicht nur im Energiesektor, sondern auch in anderen Infrastrukturbereichen – wieder eine Entwicklung hin zu öffentlichen Unternehmen festzustellen (Matecki und Schulten 2013). Besonders im Energiesektor werden diese jedoch durch neue, gemeinschaftliche Eigentumsformen ergänzt (Radtke 2013; Seyfang und Haxeltine 2012). Beispielhaft für diese neuen Organisationsformen werden im Folgenden Bioenergiedörfer, Energiegenossenschaften und Rekommunalisierungen vorgestellt.

Diese drei Formen können nicht vollständig und trennscharf voneinander abgegrenzt werden. So können Bioenergiedörfer in Form von Genossenschaften organisiert sein oder als Resultat von Rekommunalisierungen als neue unternehmerische Träger gegründet werden. Darüber hinaus sind alle drei Formen nicht vollkommen „neue“ Organisationsformen. Die Kommunalwirtschaft hat in Deutschland eine lange Geschichte und genossenschaftliche Betreibermodelle sind vor allem im ländlichen Raum bereits seit Längerem verbreitet. Dennoch kann die Betrachtung dieser drei Organisationsformen dazu beitragen, die lokale Dynamik der Transformation des Energiesektors zu verstehen, da Bioenergiedörfer, Energiegenossenschaften und Rekommunalisierungen maßgeblich durch lokale Bedingungen geprägt sind und – so der politische Anspruch – die Energiewende in Städten und Gemeinden entscheidend befördern sollen. Daher ist ihre Gründung häufig von Gemeinwohlüberlegungen begleitet und wird entsprechend begründet.

##### **a) Bioenergiedörfer**

Bioenergiedörfer stehen prominent für die gemeinschaftliche Umsetzung der Energiewende im ländlichen Raum. Sie sind jedoch nicht durch eine einheitliche Rechtsform, sondern vielmehr durch die Idee der lokalen Selbstversorgung mit Strom und Wärme gekennzeichnet. Der Leitfaden „Wege zum Bioenergiedorf“ formuliert als Voraussetzung an ein Bioenergiedorf, dass dort mindestens so viel Strom durch Biomasse erzeugt wird, wie in dem Ort verbraucht wird (Ruppert et al. 2008, S. 10). Weiterhin muss der Wärmebedarf des Ortes mindestens zur Hälfte auf Basis von Biomasse abgedeckt werden. Um eine hohe Energieeffizienz zu erreichen, sollte dies durch Kraft-Wärme-Kopplung erfolgen, wie es seit der Novellierung im Jahr 2012 auch im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verpflichtend festgesetzt wurde. Die Bioenergieanlagen sollen sich zu mehr als 50 Prozent im Eigentum der Wärmekunden und der Biomasse liefernden Landwirte befinden (ebd.). Im umgangssprachlichen Gebrauch werden jedoch auch Orte, die auf anderen erneuerbaren Energieträgern beruhen, als „Bioenergiedörfer“ bezeichnet (Kunze 2012, S. 31).

Bioenergiedörfer werden häufig als lokale Nischen porträtiert (Kunze 2013; Späth und Rohrer 2010), in denen neue soziale Formen und technologische Lösungen der Energieversorgung entwickelt werden. Für viele Orte stellt „Energieautarkie“ ein wichtiges Ziel für die Gründung eines

Bioenergiedorfes dar (Jenssen et al. 2014; Käsebier 2012). Die Idee der Bioenergiedörfer ist damit nicht nur vom Namen her lokal, sondern steht auch für eine Lokalisierung sowohl der sozialen Strukturen als auch der stofflichen, finanziellen und energetischen Kreisläufe. Das spiegelt sich auch darin wieder, dass Bioenergiedörfer häufig mit eigenen Strom- oder Wärmenetzen ausgestattet sind. Die stofflich-materielle Autarkie wird dann durch eine Teilhabe an der Organisation der Energieversorgung nach dem Prinzip der dörflichen Solidarität ergänzt. Zusätzlich erwarten die Gemeinden, die sich für diesen Weg entscheiden, eine Stärkung der lokalen Wirtschafts- und Innovationskraft, eine Steigerung der Energieeffizienz im ländlichen Raum und die Entwicklung einer nachhaltigen Landnutzungsstrategie (Bioenergiedorf-Coaching Brandenburg 2013).

Die Entwicklung von Bioenergiedörfern ging von einigen Vorreitern aus, die als „Best-Practice-Beispiele“ mittlerweile eine sehr große Außenwirkung erzielen. „Klassische“ Bioenergiedörfer sind die Orte Jühnde in Niedersachsen und Güssing in Österreich (Brunner et al. 2006; Ruppert et al. 2008, S. 18). In Brandenburg ist vor allem der Ortsteil Feldheim der Stadt Treuenbrietzen zu nennen. Mittlerweile findet das Konzept der Bioenergiedörfer weite Verbreitung. In einem bundesweiten Wettbewerb wurden im Jahr 2012 insgesamt 94 Bioenergiedörfer im Bundesgebiet gezählt (Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe 2013). Häufig sind lokale Landwirte ein wichtiger Teil der Akteurslandschaft, in der Bioenergiedörfer entstehen. Bioenergiedörfer sind jedoch keine eigene Rechtsform, sondern werden unterschiedlich als privatrechtliche Gesellschaft (GmbH, GmbH & Co KG) oder als Genossenschaft eingetragen.

Bioenergiedörfer werden als ein wichtiges Element einer Energieversorgung verstanden, die auf dezentralen technischen wie auch organisatorischen Einheiten beruht. Damit werden Bioenergiedörfer zu zentralen Aushandlungsorten, in denen um die künftige Ausrichtung des Energiesektors im ländlichen Raum gerungen wird und lokale Lösungen entwickelt werden. Es bleibt offen, welche Auswirkungen die aktuellen Novellierungen des EEG für Bioenergiedörfer und deren wirtschaftliche Grundlagen haben werden.

### **b) Energiegenossenschaften**

Im Unterschied zu Bioenergiedörfern bezeichnen Energiegenossenschaften genau eine bestimmte Rechtsform, nämlich die der Genossenschaft. Auch wenn in der Diskussion um „community energy“ oder Bürgerenergie (Schreuer und Weismeyer-Sammer 2010) auch andere Formen von gemeinschaftlichem Eigentum eine Rolle spielen, beschränkt sich dieses Working Paper auf die Rechtsform der Genossenschaft.

Das Alleinstellungsmerkmal von Energiegenossenschaften ist ihre egalitäre interne Struktur. Sie sind zentral mit dem Ziel verknüpft, dass alle Mitglieder wirtschaftlich und an den strategischen Entscheidungen partizipieren können (Staab 2011). Rechtlich gesehen sind die Mitglieder einer Genossenschaft zugleich auch Eigentümer und Nutznießer der genossenschaftlichen Anlagen. So profitiert jedes Mitglied von den Gewinnen der Genossenschaft (ebd.). Auf der Generalversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme, unabhängig von der Höhe seiner Kapitaleinlagen. Die Regeln für den Ein- und Austritt werden durch die Satzung festgelegt (ebd.). Meist ist die Zahlung einer Mindesteinlage notwendig, um in die Genossenschaft aufgenommen zu werden, wobei ei-



nige Genossenschaften nur Mitglieder aufnehmen, die in einem bestimmten Ort oder einer bestimmten Region ihren Wohnsitz haben.

Energiegenossenschaften haben in den letzten Jahren ebenfalls einen dynamischen Aufschwung erfahren und sind an vielen Orten in der Bundesrepublik vertreten. Eine Umfrage des Deutschen Raiffeisen- und Genossenschaftsverbands (2013) nennt zum Zeitpunkt Ende 2012 bundesweit 656 Energiegenossenschaften, die seit der Einführung des EEG im Jahr 2000 gegründet wurden. Diese machen einen Großteil der insgesamt 757 Energiegenossenschaften aus (Holstenkamp und Müller 2013). Die ersten Energiegenossenschaften entstanden bereits um die Wende zum 20. Jahrhundert in Regionen, die nicht an die zentralen Versorgungsnetze während der frühen Elektrifizierung angeschlossen wurden (Hausman et al. 2008). Viele dieser Einrichtungen existieren bis heute, in Deutschland beispielsweise die Genossenschaft Albwerke Geislingen an der Steige (Albwerke Geislingen an der Steige 2014). Während diese frühen Genossenschaften vor allem Wasserkraft nutzten, produzieren heutige Energiegenossenschaften Strom aus Solar-, Geothermie-, Bioenergie- oder Windkraftanlagen (Radtke 2013, S. 144f.). 87 Prozent der Energiegenossenschaften sind in der Stromerzeugung tätig, 20 Prozent betreiben ein Wärmenetz und vier Prozent ein Stromnetz (DRGV 2013). Allein im Jahr 2012 wurden 150 Energiegenossenschaften neu gegründet, das entspricht einem Zuwachs von 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr (ebd., S. 5). Die aggregierte Mitgliederzahl aller deutschen Energiegenossenschaften liegt bei 136.000 (ebd.), die durchschnittliche Einlage pro Mitglied beträgt 3.165 Euro (ebd., S. 9). Die Größe von Energiegenossenschaften ist sehr unterschiedlich: kleine lokale Genossenschaften stehen bundesweit tätigen Organisationen mit mehreren tausend Mitgliedern wie beispielsweise den Elektrizitätswerken Schönau gegenüber.

Holstenkamp und Müller (2013) sehen einen regionalen Schwerpunkt von Energiegenossenschaften in Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen. Ende 2012 standen ihren Angaben zufolge 61 Genossenschaften in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) 206 Energiegenossenschaften allein in Bayern gegenüber (ebd., S. 8). Diese Häufung liegt jedoch auch an einem großen Anteil von traditionellen Energiegenossenschaften in Oberbayern (ebd., S. 9). Energiegenossenschaften finden sich sowohl in den großen Städten als auch im ländlichen Raum. Inwieweit diese differenzierte räumliche Verteilung von der Organisationsform selbst abhängig ist, bleibt eine offene Frage, die in diesem Working Paper nicht beantwortet werden kann. Unstrittig hingegen ist, dass die steigende Anzahl von Energiegenossenschaften eine Folge der Förderung der Nutzung erneuerbarer Energieträger durch das EEG ist (siehe hierzu KNI 2012).

Energiegenossenschaften sind ein Vehikel, die energiewirtschaftliche Betätigung einem breiteren Personenkreis zu eröffnen. Die Einbeziehung von Bürgern nicht nur in der Planung, sondern auch in Form von finanzieller Teilhabe und der unternehmerischen Mitbestimmung soll dabei nicht nur die Akzeptanz von erneuerbaren Energien in Konflikten steigern, sondern die Beteiligten auch zu Eigentümern der neu entstehenden energiewirtschaftlichen Strukturen machen (für die neuen Bundesländer vgl. Nölting et al. 2011). Energiegenossenschaften sind damit ein Beispiel von Bürgerenergie-Initiativen, die „[i]m Idealfall [...] von Bürgern angestoßen, finanziert, umgesetzt und betrieben“ werden (Radtke 2013, S. 144).

### c) Rekommunalisierungen

Eine dritte wichtige neue Organisationsform in der Energiewirtschaft ist die Rekommunalisierung. Unter Rekommunalisierung wird in der Regel die Rückübertragung zuvor privatisierter Unternehmen in öffentliche Trägerschaft verstanden, doch handelt es sich um einen „schillernde[n] Begriff, der einer genaueren Differenzierung bedarf“ (Libbe et al. 2011, S. 4). Dementsprechend differenziert Bauer (2012, S. 337) aus juristischer Sicht vier Formen von Rekommunalisierung: Vermögensrekommunalisierungen bezeichnen den Erwerb von Eigentumspositionen oder Vermögenswerten wie physische Netzinfrastrukturen; Organisationsrekommunalisierungen beziehen sich auf den Rückkauf bzw. die Erhöhung von kommunalen Anteilen an bestehenden Unternehmen oder die Gründung eines Eigenbetriebes; Aufgabenrekommunalisierungen meinen das Wiederaufgreifen vormals privater Dienstleistungen; und hybride Rekommunalisierungsformen beschreiben schließlich eine Mischform aus den vorher genannten. Andere Typologien unterscheiden bei Rekommunalisierungen im Energiesektor zwischen der Integration eines neuen Netzes in kommunale Netzstrukturen, der Integration eines neuen Energieversorgungsunternehmens in bereits bestehende Stadtwerke, der Neugründung eines kommunalen Energieversorgungsunternehmens, der Neugründung eines kommunalen Netzbetreibers durch Übernahme von Netzkonzessionen und der Erhöhung des kommunalen Gesellschaftsanteils an gemischtwirtschaftlichen Unternehmen (Becker et al. 2012, S. 26f.).

Während in Deutschland von einer „Renaissance öffentlicher Wirtschaft“ (Schaefer und Theuvsen 2012) oder einer „Hochkonjunktur“ von Rekommunalisierungen (Reck 2012, S. 243) gesprochen wird, entsteht eine Debatte auch über den Energiesektor und die Bundesrepublik hinaus (Cumbers 2012; Hall et al. 2013; Pigeon et al. 2012). Die besondere Relevanz von Rekommunalisierungen in der bundesdeutschen Energiewirtschaft ist dabei unbestritten. Eine Studie des Wuppertal Instituts listet 72 Neugründungen von im Energiebereich aktiven Stadtwerken allein in den Jahren 2005 bis 2012 auf (Berlo und Wagner 2013). Dabei sind andere Rekommunalisierungsformen nicht erfasst, wie z. B. die Erweiterung des Aufgabenbereichs von Stadtwerken auf die Energieversorgung im Brandenburgischen Prenzlau (Becker et al. 2012, S. 29) oder die Übernahme des Netzes in mehreren Thüringer Kommunen nach dem Rückzug von E.ON (Handelsblatt 2013).

Über die Hälfte der von Berlo und Wagner (2013) erfassten Neugründungen findet in Kommunen mit unter 25.000 Einwohnern statt. Trotz der vielen Neugründungen bleiben in dieser Größenklasse die Gemeinden mit Stadtwerken unterrepräsentiert, was auf die geringen personellen, fachlichen und in vielen Fällen auch finanziellen Kapazitäten zurückgeführt wird (ebd., S. 10). Nur acht Prozent der Neugründungen wurden jedoch als kommunaler Eigenbetrieb oder kommunales Unternehmen gegründet, die überwiegende Mehrheit hingegen in der privatwirtschaftlichen Form einer GmbH oder GmbH & Co. KG (ebd., S. 12). Ein Drittel der Neugründungen ereignete sich dabei in Baden-Württemberg. Zusammen mit Nordrhein-Westfalen und Bayern kommen 70 Prozent der Neugründungen auf diese drei Bundesländer (ebd., S. 13). Die geringe Zahl in Ostdeutschland führen die Autoren dabei nicht allein auf die schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen zurück, sondern auf die Gründung vieler Stadtwerke im Zuge der Wiedervereinigung (ebd., S. 15).

Kommunen, die ihre Stadtwerke rekommunalisieren, erhoffen sich dadurch neue Einnahmen, mit denen soziale und kulturelle Einrichtungen oder auch der ÖPNV unterstützt werden können. Darüber hinaus ist ein größerer Spielraum für die Gestaltung der künftigen Strom- und Wärmeversorgung ein wichtiger Grund bei der Gründung eigener Energieversorger (Libbe et al. 2011, S. 6f.). Rekommunalisierungen sind kommunalpolitische Entscheidungen, die von den jeweiligen Mehrheiten in den Kommunalparlamenten, aber auch von außerparlamentarischen Initiativen und Bündnissen abhängen. Hierbei sind für die Bildung von Koalitionen für oder gegen Rekommunalisierungen lokale Besonderheiten entscheidender als die Zugehörigkeit zu Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und sozialen Bewegungen. Das macht die Entscheidung für eine Rekommunalisierung zur Frage der lokalen Gestaltbarkeit, die maßgeblich von den finanziellen Möglichkeiten einer Kommune und den kommunalrechtlichen Rahmenbedingungen des jeweiligen Bundeslandes abhängen.

Wie die anderen neuen Organisationformen im Energiebereich, verweisen Rekommunalisierungen auf die Notwendigkeit von lokalen Aushandlungsprozessen für eine Gestaltung des zukünftigen Energiesystems. Damit sind alle drei Formen verbunden mit lokalen Konflikten, in denen es nicht nur um die künftige Ausrichtung der Energieversorgung geht, sondern in denen auch grundsätzliche Fragen von Partizipation und Teilhabe, Verteilung und den Umgang mit natürlichen Ressourcen verhandelt werden. Nach dem hier vertretenen Verständnis sind neue Organisationsformen in der Energieversorgung sowohl Anlass, Gegenstand als auch eine Lösungsmöglichkeit für lokale energiepolitische Konflikte. Jedoch würde es zu kurz greifen, neue Organisationsformen als einfache Lösung für energiepolitische Konflikte und Probleme zu betrachten. Umso wichtiger ist es, Konflikte, Gemeinwohlziele und neue Organisationsformen zusammen zu betrachten.

Neue Organisationsformen im Energiesektor, lokale energiepolitische Konflikte und die Frage nach dem Gemeinwohl in der Energieversorgung stehen für die verschiedenen Bemühungen, die Energiewende auf der Ebene von Städten und Gemeinden zu gestalten. Aus den in Kapitel 2 dargelegten sozialwissenschaftlichen Ansätzen zur Konfliktforschung, Gemeinwohl und Gemeinschaftsgütern, institutionellem Wandel und neuen Organisationsformen sowie aus den skizzierten Beispielen soll im Folgenden ein Werkzeug für die Analyse lokaler energiepolitischer Konflikte entwickelt werden. Der Anspruch ist dabei, nicht nur der Komplexität von sehr kleinteiligen und heterogenen Konflikten gerecht zu werden, sondern auch die Rolle neuer Organisationsformen, Gemeinwohlziele und deren gegenseitige Beeinflussung in den Blick zu nehmen.

#### **4 Dimensionen von lokalen energiepolitischen Konflikten: Das EnerLOG-Analysewerkzeug**

Dieses Kapitel führt die in den vorangegangenen Kapiteln herausgearbeiteten Aspekte und Erkenntnisse über lokale Energiewenden in einem Analysewerkzeug für lokale energiepolitische Konflikte zusammen. Dafür werden zunächst vier Dimensionen einer umfassenden Konfliktanalyse im Energiebereich abgeleitet und anschließend das EnerLOG-Analysewerkzeug mit seinen forschungsleitenden Fragen vorgestellt. Im Vordergrund steht hierbei die Zugänglichkeit und Anwendbarkeit des Werkzeugs in der Praxis. Es ist ein Versuch, das komplexe Zusammenwirken von lokalen energiepolitischen Konflikten, Gemeinwohlzielen und neuen Organisationsformen

aufzugliedern und trotzdem in seinen Zusammenhängen zu erfassen. Genau in dieser übergreifenden Perspektive besteht die Originalität des EnerLOG-Analysewerkzeugs. Zusätzlich gehen die vier Dimensionen, die materielle Elemente, räumliche Aspekte, zeitliche Verläufe und Akteurshandeln verbinden, über rein akteurszentrierte Governance-Konzepte hinaus.

Die unterschiedlichen Konflikttypen, ihre verschiedenen Gegenstände, räumlichen Bezüge und Kontexte im Energiesektor erfordern Analysedimensionen, die an die von Saretzki (2010) entwickelten Dimensionen (siehe Kapitel 2.1) anknüpfen und auch darüber hinausgehen, um der Spezifik energiepolitischer Konflikte gerecht zu werden. Auf Grundlage der diskutierten sozialwissenschaftlichen Ansätze, der empirischen Beispiele sowie der Darstellung von neuen Organisationsformen und Gemeinwohl im Energiesektor können vier zentrale Dimensionen der Analyse lokaler energiepolitischer Konflikte identifiziert werden: die materielle, die räumliche, die zeitliche und die Akteursdimension von Konflikten. Diese vier Dimensionen lassen sich sowohl für die Analyse von Konflikten als auch hinsichtlich der Bedeutung von Gemeinwohlzielen und Organisationsformen anwenden.

Die *materielle Dimension* knüpft an Saretzkis gegenstandsbezogene Dimension an, ist jedoch nicht deckungsgleich mit dieser. Sie identifiziert den konkreten Gegenstand eines Konfliktes oder den Gegenstand, der den Auslöser des Konfliktes bildet, z. B. eine Windkraftanlage, ein auszubauendes Stromnetz oder eine geplante Biogasanlage. Die Berücksichtigung der materiellen Dimension in der Konfliktanalyse geht davon aus, dass es sich bei technischer Infrastruktur nicht nur um physisch-materielle Gegebenheiten handelt, sondern dass ihre Struktur und Charakteristika die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse darum beeinflussen. Gleichzeitig verändert der Aushandlungsprozess um den Gegenstand selbst die physischen Verfasstheiten von Infrastrukturen. Somit kann die Betrachtung dieser Dimension tiefere Einsichten zu Art und Ablauf von Konflikten liefern. Letztlich beziehen sich auch Gemeinwohlziele und neue Organisationsformen auf konkrete Gegenstände, die „geregelt“ werden sollen.

Die materielle Dimension ist eng verknüpft mit der *räumlichen Dimension*. Diese stellt Fragen danach ins Zentrum, ob sich der Konflikt um einen bestimmten Standort dreht, wie sich der Konflikt räumlich ausbreitet und ob er sich auf weitere räumliche Maßstabebenen auswirkt bzw. von diesen beeinflusst wird oder auch wie räumliche Bedingungen allgemein auf den Konflikt wirken. Die räumliche Dimension berührt auch Fragen nach dem räumlichen Bezug der Energieversorgung, etwa dem Bestreben nach lokaler bzw. regionaler Autarkie oder einem räumlichen Ausgleich von Kosten oder Erträgen in der Energieversorgung zwischen verschiedenen Teilräumen. Gleichzeitig sind räumliche Identitäten und Leitbilder eng mit Gemeinwohlzielen verknüpft, materielle und institutionelle Raumstrukturen wirken sich wiederum auf neue Organisationsformen aus.

Die *zeitliche Dimension* von Energiewendekonflikten ist ebenso eine zentrale Kategorie und bezieht sich auf die Entwicklungsgeschichte und den Verlauf des Konflikts. Sie lässt nachvollziehen, wie sich die Auseinandersetzung im Zeitverlauf geändert hat und zeigt Entwicklungspfade und Wendepunkte des Konflikts auf, benennt aber auch Meilensteine, die zu neuen Organisationsformen führen können. Wendepunkte können die Gründung einer neuen Organisation sein oder eine Verschiebung in der öffentlichen Diskussion durch die Betonung von Gemeinwohlzielen. Die

zeitliche Dimension zeigt ferner auch „Ungleichzeitigkeiten“ im Sinne einer Überlappung von bisher Bestehendem und Neuem.

Im Zentrum vieler Arbeiten zu Konfliktanalysen steht die *Akteursdimension*, von Saretzki als „akteursbezogene bzw. soziale“ Dimension bezeichnet. Durch Auseinandersetzungen zwischen sowie innerhalb von Akteursgruppen und -konstellationen werden Konflikte erst wahrnehmbar, und ihre jeweiligen Interessen, Ressourcen und Strategien steuern die Konfliktentstehung, den Konfliktverlauf und -ausgang maßgeblich. Gemeinwohlziele und neue Organisationsformen sind dabei ohne Akteure nicht denkbar, sie müssen von ihnen formuliert und mit Leben gefüllt werden.

Diese vier Dimensionen sind bereits Gegenstand vieler empirischer Arbeiten zu Konflikten im Zusammenhang mit der Energiewende, wobei viele akteurszentrierte Untersuchungen zugleich die zeitliche Dimension einschließen. Auf die räumliche oder materielle Dimension fokussierende Forschungen sind hingegen noch weniger häufig anzutreffen. Der Grundstein für eine systematische Anwendung dieser vier Dimensionen, wie sie bisher in der Literatur noch nicht anzutreffen ist, soll im EnerLOG-Analysewerkzeug gelegt werden, das im Folgenden vorgestellt wird.

Das EnerLOG-Analysewerkzeug folgt dem Ansatz, die oben genannten vier Konfliktdimensionen für die Analyse unterschiedlicher Arten von lokalen energiepolitischen Konflikten operationalisierbar zu machen, wobei explizit die Bedeutung von Gemeinwohlzielen und die Entstehung neuer Organisationsformen berücksichtigt werden. Konflikte, Gemeinwohlziele und neue Organisationsformen bilden damit Kategorien für die Analyse, die im EnerLOG-Analysewerkzeug in einer Matrix systematisch miteinander verknüpft werden (siehe Tabelle 3):

- Konfliktanalyse in lokalen Energiewenden (linke Spalte)
- die Bedeutung von Gemeinwohlzielen (mittlere Spalte)
- und die Entstehung neuer Organisationsformen (rechte Spalte)

Diese drei Kategorien werden auf die oben herausgearbeiteten vier Analysedimensionen bezogen. In dieser Verknüpfung der Kategorien mit den Dimensionen liegt der Mehrwert des Analysewerkzeuges: Die Kombination dieser unterschiedlichen konzeptionellen Ebenen verspricht interessante Schlussfolgerungen, die aus einer simplen Konfliktanalyse mit den Fragen „wer-will-was?“ nicht abzuleiten sind. Das Analysewerkzeug erlaubt dabei eine Verknüpfung der Konflikt- und Gemeinwohlanalyse mit der Entstehung neuer Organisationsformen. So wird ein Vergleich und ein Bezug der verschiedenen Säulen der Analyse im Projekt EnerLOG untereinander ermöglicht.

Das Analysewerkzeug versucht dabei, die in Tabelle 2 dargestellten Typen von lokalen energiepolitischen Konflikten in ihren verschiedenen Dimensionen und hinsichtlich ihres Bezugs zu Gemeinwohlzielen und neuen Organisationsformen zu erfassen. Das EnerLOG-Analysewerkzeug kann so dazu beitragen, „rein“ energiepolitische Konflikte mit übergeordneten Fragen von Gemeinwohl und neuen Organisationsformen zu verbinden. Damit wird der Vielschichtigkeit und teilweisen Widersprüchlichkeit von energiepolitischen Konflikten Rechnung getragen, die sich in allen Typen lokaler energiepolitischer Konflikte wiederfinden lässt:

- Verteilungskonflikte – und deren Beilegung – sind ein zentrales Thema bei der Aushandlung von Gemeinwohlzielen wie auch bei der Gründung neuer Organisationsformen. Ein

häufiges Beispiel ist hierfür die Beteiligung an den Erträgen von Anlagen erneuerbarer Energien.

- Verfahrenskonflikte berühren Gemeinwohlziele und neue Organisationsformen bei der Suche nach geeigneten, partizipativen Verfahren, zum Beispiel bei der Festlegung von Standorten von Anlagen, sowie die dauerhafte Verankerung dieser Verfahren in Organisationen der Energieversorgung.
- In Standort- und Landnutzungskonflikten treffen unterschiedliche Vorstellungen von Gemeinwohl aufeinander, an diesen Konflikten können die organisatorischen Träger der Energieversorgung beteiligt sein. Bei der Neugründung von Organisationen besteht aber auch die Hoffnung, dass neue Organisationsformen helfen können, einen Ausgleich zwischen unterschiedlichen Vorstellungen hinsichtlich der Errichtung von Anlagen und Netzen zu finden.
- Identitätskonflikte betreffen das Selbstverständnis von Orten und Regionen, aber auch von Energieversorgungsunternehmen. Städte können sich beispielsweise der Nutzung erneuerbarer Energien verpflichtet fühlen. Entsprechend dieses Selbstverständnisses werden unterschiedliche Gemeinwohlziele für die Energieversorgung definiert, die die Wahl als auch die Gestaltung der Organisationsform bestimmen.
- Energieträgerkonflikte bzw. technologische Konflikte können ebenfalls für jeweils unterschiedliche Gemeinwohlziele, z. B. Erhalt von Arbeitsplätzen in der bestehenden Energieversorgung vs. Erreichung von Klimaschutzziele, stehen, denen sich dann verschiedene Organisationsformen verpflichtet fühlen können bzw. Schauplätze des Konfliktes darstellen können.

Um diese analytischen Verknüpfungen direkt anwendbar auf empirische Fragestellungen zu machen, wurden zu jeder Verknüpfung von Kategorie und Dimension (z. B. die materielle Dimension von Gemeinwohlzielen) forschungsleitende Fragen entworfen. In der Praxis wird das Analysewerkzeug also derart verwendet, dass alle in der Matrix enthaltenen Fragen im jeweiligen Konfliktfall abgefragt werden. Es muss hierbei betont werden, dass es sich weder bei den Kategorien noch bei den Dimensionen um starre Konzepte handelt, die alle eindeutig voneinander abgrenzbar sind. Gleichzeitig schützen die notwendigen Querverbindungen zwischen den verschiedenen Themenfeldern vor vorschnellen Schlüssen, wie zum Beispiel, dass durch die Gründung neuer Organisationsformen ein Konflikt automatisch gelöst wird oder dass ein Stadtwerk automatisch dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Beispiele für solche Querverbindungen sind:

- Organisationsformen können auch Auslöser, Teil oder Ergebnis von Konflikten sein
- Gemeinwohlziele können einer Organisation widersprechen oder in dieser verankert werden
- Gemeinwohlziele können zu Konflikten führen und wiederum in diesen eine zentrale Rolle spielen

Diese Verknüpfungen und Wechselwirkungen bieten mögliche Ansatzstellen für weitergehende Forschungen.

	<b>Konfliktanalyse</b>	<b>Bedeutung von Gemeinwohlzielen</b>	<b>Rolle neuer Organisationsformen</b>
<b>Materielle Dimension</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Um welchen konkreten Gegenstand geht es im Konflikt?</li> <li>– Mit welchen anderen Gegenständen steht der Konflikt im Zusammenhang?</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Werden im Konflikt Gemeinwohlziele explizit thematisiert?</li> <li>– Welche Anlagen, Netze und Ressourcen werden mit welchen Gemeinwohlzielen verbunden?</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Wie werden welche materiellen Objekte organisiert und reguliert?</li> <li>– Was sind Forderungen für deren Re-Organisation?</li> </ul>
<b>Räumliche Dimension</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Handelt es sich um einen Konflikt um einen konkreten Standort?</li> <li>– Welche räumliche Ausbreitung hat der Konflikt und hat er sich im Konfliktverlauf verschoben?</li> <li>– Wie wirken räumliche Bedingungen auf den Konflikt?</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Auf welches Gebiet bzw. räumliche Einheit beziehen sich die Gemeinwohlziele?</li> <li>– Mit welchen räumlichen Identitäten, Entwicklungszielen oder Leitbildern sind die Gemeinwohlziele verbunden?</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Welche räumliche Ausbreitung haben die neue Organisationsform und ihre Teilhaber?</li> <li>– Wie ist die neue Organisation räumlich verflochten?</li> <li>– Wie wirken räumliche Bedingungen auf die neue Organisationsform, wie wirkt die neue Organisationsform auf diese Bedingungen?</li> </ul>
<b>Zeitliche Dimension</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Welche zeitlichen Entwicklungsstufen und Wendepunkte des Konflikts gibt es?</li> <li>– Hat sich der Gegenstand des Konfliktes verändert?</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Welche Gemeinwohlziele spielten in der lokalen Energieversorgung in der Vergangenheit eine Rolle?</li> <li>– Haben sich diese Ziele verändert? Wenn ja, wie?</li> <li>– Haben die Gemeinwohlziele einen historischen Bezug oder sind sie auf Gegenwart oder Zukunft gerichtet?</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Welche Organisationsform bestand zuvor?</li> <li>– Wann und womit wurde die Entstehung der neuen Form eingeleitet?</li> <li>– Welche unterschiedlichen Vorstellungen gab es hinsichtlich von Organisationsformen?</li> <li>– Gab es dabei wichtige Schritte (inkl. Rückschritte) und Wendepunkte im organisatorischen Wandel?</li> </ul>
<b>Akteursdimension</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Welche Akteure sind an dem Konflikt beteiligt?</li> <li>– Was sind ihre Interessen, Ressourcen und Strategien?</li> <li>– Welche Akteure können sich, in welchen Konstellationen, im Konflikt durchsetzen?</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Welche Gemeinwohlziele werden von welchen Akteuren mobilisiert und wie?</li> <li>– Inwieweit werden Gemeinwohlziele eingesetzt, um eigene Interessen und Standpunkte zu legitimieren?</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Welche Akteure entscheiden bei der Entstehung der neuen Organisationsform?</li> <li>– Welche Akteure werden ausgeschlossen?</li> <li>– Welche Akteure können ihre Ressourcen- oder ihre strategische Position verbessern?</li> <li>– Welche Beweggründe wirken für/gegen die neue Organisationsform?</li> </ul>

**Tabelle 3: Das EnerLOG-Analysewerkzeug**

Quelle: eigene Darstellung

## 5 Zusammenfassung und Ausblick

Lokale Konflikte um Stromnetze, Trassenbau oder verschiedene Anlagen erneuerbarer Energien sind derzeit prägend für die Energiewende. Auf der lokalen Ebene wird maßgeblich darüber entschieden werden, ob die Transformation zu einer nachhaltigen Energieversorgung gelingt. Für das Verständnis dieser lokalen Aushandlungen wurde in diesem Working Paper ein Konflikt-Analysewerkzeug mit Blick auf Gemeinwohlziele und Organisationsformen entwickelt. Dabei wurden unterschiedliche sozialwissenschaftliche Debattenstränge – zu Konflikten, Organisationsformen und Gemeinwohl – miteinander verknüpft und auf Fragen der Energiewende bezogen. Damit erlaubt das EnerLOG-Analysewerkzeug eine integrative Betrachtung von energiepolitischen Konflikten, die materielle, räumliche, zeitliche und institutionelle Aspekte berücksichtigt. Für die Anwendung und Weiterentwicklung des EnerLOG-Analysewerkzeugs ergeben sich verschiedene, empirisch noch zu prüfende Fragen:

- Welche gemeinsamen bzw. voneinander abweichenden Muster lassen sich für lokale energiepolitische Konflikte in ländlichen bzw. städtischen Räumen feststellen?
- Haben verschiedene neue Organisationsformen einen Einfluss auf den Verlauf und die Ergebnisse von lokalen energiepolitischen Konflikten? Welche Rolle spielen unterschiedliche Gemeinwohlverständnisse?
- Gibt es Akteurskonstellationen oder räumliche Kontextfaktoren, die das Entstehen einer bestimmten Organisationsform begünstigen?
- Worin liegen die Grenzen von Bürgerbeteiligung, die in der bundesdeutschen Debatte häufig als Mittel zur Lösung von Konflikten angesehen wird?
- Wie lässt sich das Analysewerkzeug auf Beispiele aus dem Ausland anwenden, die von einem ganz anderen Kontext als den hier zugrundeliegenden Rahmenbedingungen der bundesdeutschen Energiewende geprägt sind?

Die Anwendung des EnerLOG-Analysewerkzeugs und die Diskussion dieser Fragen können somit einen Beitrag für die Ermittlung der Gewinner und Verlierer lokaler Energiewenden leisten. Gemeinwohl kann ebenso eine Rahmung für die Betrachtung und eine Orientierung für die Lösung von Konflikten darstellen. Darüber hinaus können empirische Untersuchungen lokaler energiepolitischer Konflikte konzeptionelle Debatten der sozialwissenschaftlichen Konfliktforschung, der Institutionen-, Gemeinwohl- und Gemeinschaftsgüterforschung wie auch der Energieforschung insgesamt anregen.



## 6 Danksagung

Die Autoren bedanken sich bei Gabriela B. Christmann, Hişar Ersöz, Timothy Moss und den Praxispartnern im EnerLOG-Projekt, Heinz Dallmann, Antje Kuschke, Ulrich Meyer und Andrea Skowronek von der ZukunftsAgenturBrandenburg sowie Stefan Kuhn vom ICLEI-Europasekretariat, für ihre hilfreichen Kommentare und Anregungen zu einer früheren Version dieses Working Papers.

## 7 Literatur- und Quellenverzeichnis

Albwerke Geislingen an der Steige (2014): Firmenhomepage. Online verfügbar unter [www.albwerk.de/](http://www.albwerk.de/), zuletzt geprüft am 12.01.2014.

Barley, Stephen R.; Tolbert, Pamela S. (1997): Institutionalization and Structuration: Studying the Links between Action and Institution. In: *Organization Studies* 18 (1), S. 93–117.

Bauer, Hartmut (2012): Zukunftsthema „Rekommunalisierung“. In: *Die Öffentliche Verwaltung* 65 (9), S. 329–338.

Becker, Sören; Gailing, Ludger; Naumann, Matthias (2012): Neue Energielandschaften – neue Akteurslandschaften. Eine Bestandsaufnahme im Land Brandenburg. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung (rls Studien).

Berger, Peter L.; Luckmann, Thomas (1967): *The Social Construction of Reality. A Treatise in the Sociology of Knowledge*. New York: Open Road Media.

Berlo, Kurt; Wagner, Oliver (2013): Stadtwerke-Neugründungen und Rekommunalisierungen. Energieversorgung in kommunaler Verantwortung. Bewertung der 10 wichtigsten Ziele und deren Erreichbarkeit. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt Energie.

Bioenergiedorf-Coaching Brandenburg (2013): Definition. Online verfügbar unter [www.bioenergiedorf-coaching.de/seite/99130/definition.html](http://www.bioenergiedorf-coaching.de/seite/99130/definition.html), zuletzt geprüft am 20.11.2013.

Bonacker, Thorsten (2005): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien – Einleitung und Überblick. In: Thorsten Bonacker (Hg.): *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS (Friedens- und Konfliktforschung, 5), S. 9–32.

Bond, Patrick (2012): Emissions Trading, New Enclosures and Eco-Social Contestation. In: *Antipode* 44 (3), S. 684–701.

Bontrup, Heinz-J.; Marquardt, Ralf-M. (2010): *Kritisches Handbuch der deutschen Elektrizitätswirtschaft. Branchenentwicklung, Unternehmensstrategien, Arbeitsbeziehungen*. Berlin: Edition Sigma (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, 112).

Brand, Ulrich (2010): Konflikte um die Global Governance biologischer Vielfalt. Eine historisch-materialistische Perspektive. In: Peter H. Feindt und Thomas Saretzki (Hg.): *Umwelt- und Technikkonflikte*. Wiesbaden: VS, S. 239–255.

- Brücher, Wolfgang (2009): *Energiegeographie. Wechselwirkungen zwischen Ressourcen, Raum und Politik*. Berlin, Stuttgart: Borntraeger (Studienbücher der Geographie).
- Brunner, Christiane; Hotwagner, Manfred; Kopitar, Alexandra (2006): Güssing/Südburgenland – erste energieautarke Stadt Österreichs. In: *Informationen zur Raumentwicklung* (1/2), S. 93–101.
- Bürgerinitiative „Hände weg vom Liepnitzwald“ (2014): Die Bürgerinitiative stellt sich vor. Online verfügbar unter [www.pro-liepnitzwald.de/downloads/Darstellung\\_BI.pdf](http://www.pro-liepnitzwald.de/downloads/Darstellung_BI.pdf), zuletzt geprüft am 09.01.2014.
- Bürgerinitiative „Hochspannung tief legen“ (2014): Hintergrundinformationen. Online verfügbar unter <http://hochspannungstieflegen.wordpress.com/category/hintergrundinformationen/>, zuletzt geprüft am 09.01.2014.
- C.A.R.M.E.N. (Centrales Agrar- Rohstoff- Marketing- Energie-Netzwerk) (2014): Akzeptanz für Erneuerbare Energien. Ein Leifaden. Online verfügbar unter [www.carmen-ev.de/files/Sonne\\_Wind\\_und\\_Co/Akzeptanz/Akzeptanzbroschuere.pdf](http://www.carmen-ev.de/files/Sonne_Wind_und_Co/Akzeptanz/Akzeptanzbroschuere.pdf), zuletzt geprüft am 15.07.2014
- Carothers, Thomas (1999): Civil Society. In: *Foreign Policy* 29 (6), S. 18–28.
- Connelly, Steve (2007): Mapping Sustainable Development as a Contested Concept. In: *Local Environment* 12 (3), S. 259–278.
- Coser, Lewis A. (2009): *Theorie sozialer Konflikte*. Wiesbaden: VS.
- Cumbers, Andrew (2012): *Reclaiming Public Ownership. Making Space for Economic Democracy*. London: Zed Books.
- Dahrendorf, Ralf (1972): *Gesammelte Abhandlungen*. München: Piper.
- Dahrendorf, Ralf (1992): *Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit*. Stuttgart: DVA.
- De Angelis, Massimo (2003): Reflections on Alternatives, Commons and Communities or Building a New World from Bottom Up. In: *The Commoner* (6), S. 1–14.
- Deutscher Raiffeisen- und Genossenschaftsverband (DRGV) (2013): *Energiegenossenschaften. Ergebnisse der Umfrage des DRGV und seiner Mitgliedsverbände*. Berlin. Online verfügbar unter [www.dgrv.de/webde.nsf/7d5e59ec98e72442c1256e5200432395/dd9db514b5bce595c1257bb200263bbb/\\$FILE/Umfrageergebnisse%20Energiegenossenschaften.pdf](http://www.dgrv.de/webde.nsf/7d5e59ec98e72442c1256e5200432395/dd9db514b5bce595c1257bb200263bbb/$FILE/Umfrageergebnisse%20Energiegenossenschaften.pdf), zuletzt geprüft am 10.12.2013.
- Eberhard, Winfried (1986): Der Legitimationsbegriff des ‚Gemeinen Nutzens‘ im Streit zwischen Herrschaft und Genossenschaft im Spätmittelalter. In: Jörg O. Fische, Karl Heinz Göller und Bernhard Schimmelpfennig (Hg.): *Zusammenhänge, Einflüsse, Wirkungen. Kongressakten zum 1. Symposium des Mediävistenverbandes in Tübingen*. Berlin u.a.: Beck, S. 241–254.
- EEG, vom Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien vom 25.10.2008 (BGBl. I S. 2074), geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20.12.2012 (BGBl. I S. 2730) (2012): *Erneuerbare-Energien-Gesetz*. Online verfügbar unter [www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/eeg\\_2009/gesamt.pdf](http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/eeg_2009/gesamt.pdf).

- Energiewende Jetzt (2013): Energiegenossenschaften und Projektentwickler suchen. Online verfügbar unter [www.energiegenossenschaften-gruenden.de/81.html](http://www.energiegenossenschaften-gruenden.de/81.html), zuletzt geprüft am 10.12.2013.
- EnWG, vom 07.07.2005 (2005): Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG). Online verfügbar unter [www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/-enwg\\_2005/gesamt.pdf](http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/-enwg_2005/gesamt.pdf), zuletzt geprüft am 10.09.2014.
- Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe (2013): Zukunft Bioenergiedorf. Bundeswettbewerb Bioenergiedörfer 2012. Online verfügbar unter [www.bioenergiedoerfer.de](http://www.bioenergiedoerfer.de), zuletzt geprüft am 09.12.2013.
- Fuchs, Gerhard; Hinderer, Nele; Kungl, Gregor; Neukirch, Mario (2012): Adaptive Capacities, Path Creation and Variants of Sectoral Change. The Case of the Transformation of the German Energy Supply System. Stuttgart: Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart (SOI Discussion Paper, 2).
- Geels, Frank W. (2002): Technological transitions as evolutionary reconfiguration processes: a multi-level perspective and a case-study. In: *Research Policy* 31 (8-9), S. 1257–1274.
- Geels, Frank W. (2004): From sectoral systems of innovation to socio-technical systems: insights about dynamics and change from sociology and institutional theory. In: *Research Policy* 33 (6-7), S. 897–920.
- Geels, Frank W.; Schot, Johan (2007): Typology of sociotechnical transition pathways. In: *Research Policy* 36 (3), S. 399–417.
- Giddens, Anthony (1984): *The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration*. Berkeley: University of California Press.
- Giddens, Anthony (1997): *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*. Frankfurt am Main: Campus (Theorie und Gesellschaft, 1).
- Gmür, Markus (1993): *Organisationstheorien. Entwicklungslinien – Systematik – Kritik*. Konstanz: Universität Konstanz (Management Forschung und Praxis, Diskussionsbeitrag Nr. 3).
- Hall, David; Lobina, Emanuele; Terhorst, Philipp (2013): Re-municipalisation in the early twenty-first century: water in France and energy in Germany. In: *International Review of Applied Economics* 27 (2), S. 193–214.
- Hall, Peter A.; Taylor, Rosemary C. R. (1996): Political Science and the Three New Institutionalisms. In: *Political Studies* 44 (5), S. 936–957.
- Hampel, Jürgen; Torgersen, Helge (2010): Der Konflikt um die Grüne Gentechnik und seine regulative Rahmung. Frames, Gates und die Veränderung der europäischen Politik zur Grünen Gentechnik. In: Peter H. Feindt und Thomas Saretzki (Hg.): *Umwelt- und Technikkonflikte*. Wiesbaden: VS, S. 143–162.

- Handelsblatt (2013): Übernahme in Thüringen. Kommunen werden Haupteigentümer von EON. Handelsblatt online. Online verfügbar unter [www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/uebernahme-in-thueringen-kommunen-werden-haupteigentueemer-von-eon/7807206.html](http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/uebernahme-in-thueringen-kommunen-werden-haupteigentueemer-von-eon/7807206.html), zuletzt aktualisiert am 19.02.2013, zuletzt geprüft am 13.01.2014.
- Hardin, Garrett (1968): The Tragedy of the Commons. In: *Science* 162, S. 1243–1248.
- Hargreaves, Tom; Hielscher, Sabine; Seyfang, Gill; Smith, Adrian (2013): Grassroots innovations in community energy: The role of intermediaries in niche development. In: *Global Environmental Change* 23 (5), S. 868–880.
- Harvey, David (2013): *Rebellische Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution*. Berlin: Suhrkamp.
- Hausman, William J.; Hertner, Peter; Wilkins, Mira (Hg.) (2008): *Global Electrification. Multinational Enterprise and International Finance in the History of Light and Power, 1878–2007*. Cambridge: Cambridge University Press (Cambridge Studies in the Emergence of Global Enterprise).
- Hay, Colin; Wincott, Daniel (1998): Structure, Agency and Historical Institutionalism. In: *Political Studies* 46 (5), S. 951–957.
- Heinrichs, Harald (2013): Dezentral und partizipativ? Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerbeteiligung zur Umsetzung der Energiewende. In: Jörg Radtke und Bettina Hennig (Hg.): *Die deutsche „Energiewende“ nach Fukushima. Der wissenschaftliche Diskurs zwischen Atomausstieg und Wachstumsdebatte*. Marburg: Metropolis (Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung, 8), S. 119–138.
- Hodson, Mike; Marvin, Simon (2012): Mediating Low-Carbon Urban Transitions? Forms of Organization, Knowledge and Action. In: *European Planning Studies* 20 (3), S. 421–439.
- Holstenkamp, Lars; Müller, Jakob R. (2013): *Zum Stand von Energiegenossenschaften in Deutschland. Ein statistischer Überblick zum 31.12.2012*. Lüneburg: Leuphana Universität Lüneburg (Arbeitspapierreihe Wirtschaft & Recht, 14).
- Hübner, Gundula; Hahn, Christiane (2013): Akzeptanz des Stromnetzausbaus in Schleswig-Holstein. Ergebnisse der Anwohnerbefragung. Erneuerbare (neu) vernetzt! Vortrag auf dem 3. Stromnetze-Kongress der Deutschen Umwelthilfe. Berlin, 19.02.2013.
- Jegen, Maya; Audet, Gabriel (2011): Advocacy coalitions and wind power development: Insights from Quebec. In: *Energy Policy* 39 (11), S. 7439–7447.
- Jenssen, Till (2010): Einsatz der Bioenergie in Abhängigkeit von der Raum- und Siedlungsstruktur. Wärmetechnologien zwischen technischer Machbarkeit, ökonomischer Tragfähigkeit, ökologischer Wirksamkeit und sozialer Akzeptanz. Wiesbaden: Vieweg+Teubner.
- Jenssen, Till; König, Andreas; Eltrop, Ludger (2014): Bioenergy villages in Germany: Bringing a low carbon energy supply for rural areas into practice. In: *Renewable Energy* 61, S. 74–80.

- Jessop, Bob (1990): *State Theory. Putting the Capitalist State in its Place*. Cambridge: Polity Press.
- Jessop, Bob (2001): Institutional re(turns) and the strategic-relational approach. In: *Environment and Planning A* 33 (7), S. 1213–1235.
- Jessop, Bob (2010): *State Power. A Strategic-Relational Approach*. Reprinted. Cambridge: Polity Press.
- Jessop, Bob; Brenner, Neil; Jones, Martin (2008): Theorizing sociospatial relations. In: *Environment and Planning D* 26 (3), S. 389–401.
- Jessop, Bob; Sum, Ngai-Ling (2012): Cultural Political Economy, Strategic Essentialism, and Neoliberalism. In: Jenny Künkel und Margit Mayer (Hg.): *Neoliberal Urbanism and its Contestations. Crossing Theoretical Boundaries*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 80–96.
- Jones, Christopher R.; Richard Eiser, J. (2010): Understanding 'local' opposition to wind development in the UK: How big is a backyard? In: *Energy Policy* 38 (6), S. 3106–3117.
- Käsebier, Jörn (2012): Das autarke Bioenergie Dorf. In: *LandInForm. Magazin für Ländliche Räume* 5 (1), S. 28–29.
- Katz, Jerome; Gartner, William B. (1988): Properties of Emerging Organizations. In: *Academy of Management Review* 13 (3), S. 429–441.
- Krause, Johannes; Pannke, Dominique; Wagner, David (2013): *Praxisleitfaden Bürgerbeteiligung. Die Energiewende gemeinsam gestalten*. Impuls 2013. Online verfügbar unter [www.impuls.net/files/b\\_\\_rgerbeteiligung\\_38\\_mitlinks\\_web.pdf](http://www.impuls.net/files/b__rgerbeteiligung_38_mitlinks_web.pdf), zuletzt geprüft am 15.7.2014
- Kern, Florian (2011): Ideas, institutions, and interests: explaining policy divergence in fostering 'system innovations' towards sustainability. In: *Environment and Planning C* 29 (6), S. 1117–1134.
- Klaus Novy-Institut (2012): *Genossenschaftliche Unterstützungsstrukturen für eine sozialräumlich orientierte Energiewirtschaft. Machbarkeitsstudie*. Köln: Klaus Novy-Institut.
- Kreckel, Reinhard (2004): *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*. 3. Aufl. Frankfurt am Main: Campus (Theorie und Gesellschaft, 25).
- Kunze, Conrad (2012): *Soziologie der Energiewende. Erneuerbare Energien und die Transition des ländlichen Raums*. 2. Aufl. Stuttgart: ibidem.
- Kunze, Conrad (2013): Die Energiewende und ihre geographische Diffusion. In: Ludger Gailing und Markus Leibenath (Hg.): *Neue Energielandschaften. Neue Perspektiven der Landschaftsforschung*. Wiesbaden: Springer (RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft), S. 33–44.
- Lambing, Julio (2012): *Stromallmende: Wege in eine neue Industriegesellschaft*. In: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: transcript, S. 479–486.
- Lawhon, Mary; Murphy, Joseph (2012): Socio-technical regimes and sustainability transitions: Insights from political ecology. In: *Progress in Human Geography* 36 (3), S. 354–378.

- Lederer, Klaus; Naumann, Matthias (2010): Öffentlich, weil es besser ist? Politische Gemeinwohlbestimmung als Voraussetzung einer erfolgreichen Kommunalwirtschaft. In: *Berliner Debatte Initial* 21 (4), S. 105–116.
- Libbe, Jens; Hanke, Stefanie; Verbücheln, Maic (2011): *Rekommunalisierung – Eine Bestandsaufnahme*. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu-Papers).
- Lovins, Amory (1977): *Soft Energy Paths: Towards a Durable Peace*. New York: Ballinger.
- Marg, Stine; Hermann, Christoph; Hambauer, Verena und Becké, Ana Belle (2013): „Wenn man was für die Natur machen will, dann stellt man da keine Masten hin“ – Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende. In: Stine Marg; Lars Geiges; Felix Butzlaff und Franz Walter (Hrsg.): *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?* BP-Gesellschaftsstudie, Reinbek: Rowohlt, S. 94–138.
- Markard, Jochen; Raven, Rob; Truffer, Bernhard (2012): Sustainability transitions: An emerging field of research and its prospects. Special Section on Sustainability Transitions. In: *Research Policy* 41 (6), S. 955–967.
- Marnich, Miriam (2013): *Netzausbau und Akzeptanz aus kommunaler Sicht. Lokale und regionale Auswirkungen des Netzausbaus*. Vortrag auf Treffen des Forums Netzintegration Erneuerbare Energien, Fachgespräch: Kosten des Stromnetzausbaus, Kompensation und Entschädigung. Berlin, 14.04.2013.
- Matecki, Claus; Schulten, Thorsten (Hg.) (2013): *Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung*. Hamburg: VSA.
- Matthes, Felix Christian (2011): *Strommärkte als Auslaufmodell? Die Rolle und das Design von Marktmechanismen in der „Großen Transformation“ des Stromversorgungssystems*. In: Dietmar Schuetz und Björn Klusmann (Hg.): *Die Zukunft des Strommarktes. Anregungen für den Weg zu 100 Prozent erneuerbare Energien*. Bochum: Ponte Press, S. 85–106.
- Mautz, Rüdiger (2010): *Konflikte um die Offshore-Windkraftnutzung – eine neue Konstellation der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Ökologie*. In: Peter H. Feindt und Thomas Saretzki (Hg.): *Umwelt- und Technikkonflikte*. Wiesbaden: VS, S. 181–197.
- Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg (MWE) (Hg.) (2011): *Energieland Brandenburg. Newsletter – Nummer 2, 2011*.
- Moss, Timothy; Gailing, Ludger; Kern, Kristine; Naumann, Matthias; Röhring, Andreas (2013): *Energie als Gemeinschaftsgut? Anregungen für die raumwissenschaftliche Energieforschung*. Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS): Erkner (Working Paper No. 50).
- Moss, Timothy; Gudermann, Rita; Röhring, Andreas (2009): *Zur Renaissance der Gemeinschaftsgut- und Gemeinwohlforschung*. In: Christoph Bernhardt, Heiderose Kilper und Timothy Moss (Hg.): *Im Interesse des Gemeinwohls. Regionale Gemeinschaftsgüter in Geschichte, Politik und Planung*. Frankfurt am Main: Campus, S. 31–49.

- Naumann, Matthias (2011): Kommunale Unternehmen der Zukunft – Corporate Social Responsibility, öffentliche Unternehmen und die aktuelle Debatte um Rekommunalisierungen. In: Berit Sandberg und Klaus Lederer (Hg.): Corporate Social Responsibility in kommunalen Unternehmen. Wirtschaftliche Betätigung zwischen öffentlichem Auftrag und gesellschaftlicher Verantwortung. Wiesbaden: VS, S. 67–82.
- Naumann, Matthias; Moss, Timothy (2012): Neukonfiguration regionaler Infrastrukturen. Chancen und Risiken neuer Kopplungen zwischen Energie- und Abwasserinfrastruktursystemen. Münchenberg: Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ELaN Discussion Paper, 1).
- Negri, Antonio; Hardt, Michael (2010): Common Wealth. Das Ende des Eigentums. Frankfurt am Main: Campus.
- Nelkin, Dorothy (1992): Science, Technology, and Political Conflict. Analyzing the Issues. In: Dorothy Nelkin (Hg.): Controversy: Politics of Technical Decisions. 3rd ed. Newbury Park, CA: Sage (Sage Focus Editions, 8), S. ix–xxv.
- Nelkin, Dorothy (1995): Science Controversies. The Dynamics of Public Disputes in the United States. In: Sheila Jasanoff, Gerald Markle, James Peterson und Trevor Pinch (Hg.): Handbook of Science and Technology Studies. Thousand Oaks: Sage, S. 444–456.
- Nölting, Benjamin; Thomas, Michael; Land, Rainer (2011): Energie im Osten. Die Energiewende als Chance für einen zukunftsfähigen Entwicklungspfad für Ostdeutschland. In: Dorothee Keppeler, Benjamin Nölting und Carolin Schröder (Hg.): Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs. Perspektiven für eine zukunftsfähige sozial-ökologische Energiewende. Frankfurt am Main: Peter Lang, S. 15–36.
- North, Douglass C. (1990): Institutions, Institutional Change and Economic Performance. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ohlhorst, Dörte; Schön, Susanne (2010): Windenergienutzung in Deutschland im dynamischen Wandel von Konfliktkonstellationen und Konflikttypen. In: Peter H. Feindt und Thomas Saretzki (Hg.): Umwelt- und Technikkonflikte. Wiesbaden: VS, S. 198–218.
- Olson, Mancur (1965): The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups. Cambridge: Harvard University Press (Harvard Economic Studies, 124).
- Ostrom, Elinor (1990): Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ostrom, Elinor (2011): Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter. München: oekom.
- Ott, Konrad; Ruschkowski, Eick von; Voget, Lieske (2008): Nutzungskonflikte zwischen Biomasseanbau, Naturschutz und Klimaschutz. In: Wissenschaftsverbund Um-Welt der Universität Rostock (WVU) (Hg.): Nutzungskonflikte bei nachwachsenden Rohstoffen. Wissenschaftliche Tagung am 14.12.2007 in der Universität Rostock. Rostock: Universität Rostock, S. 53–65.

- Otto, Antje; Leibenath, Markus (2013): Windenergielandschaften als Konfliktfeld: Landschaftskonzepte, Argumentationsmuster und Diskurskoalitionen. In: Ludger Gailing und Markus Leibenath (Hg.): Neue Energielandschaften. Neue Perspektiven der Landschaftsforschung. Wiesbaden: Springer (RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft), S. 65–75.
- Peck, Jamie; Theodore, Nik (2013): Chicago Beyond Fordism. Between Regulatory Crisis and Sustainable Growth. In: Flavia Martinelli, Frank Moulaert und Andreas Novy (Hg.): Urban and Regional Development Trajectories in Contemporary Capitalism. London und New York: Routledge (Routledge Frontiers of Political Economy), S. 173–194.
- Pigeon, Martin; McDonald, David; Hoedeman, Olivier; Kishimoto, Satoko (Hg.) (2012): Remunicipalisation. Putting Water Back into Public Hands. Amsterdam: Transnational Institute.
- Powell, Walter W.; DiMaggio, Paul (1983): The Iron Cage Revisited. Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields. In: *American Sociological Revue* 48, S. 147–160.
- Priddat, Birger P. (1998): Produktive Kraft, sittliche Ordnung und geistige Macht. Denkstile der deutschen Nationalökonomie im 18. und 19. Jahrhundert. Marburg: Metropolis.
- Radtke, Jörg (2013): Bürgerenergie in Deutschland – ein Modell für Partizipation? In: Jörg Radtke und Bettina Hennig (Hg.): Die deutsche „Energiewende“ nach Fukushima. Der wissenschaftliche Diskurs zwischen Atomausstieg und Wachstumsdebatte. Marburg: Metropolis (Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung, 8), S. 139–182.
- Reck, Hans-Joachim (2012): Rekommunalisierung. Modelle einer bürgernahen, nachhaltigen Energieversorgung. In: *Raumplanung* (158/159), S. 243–248.
- Rip, Arie; Kemp, René (1998): Technological change. In: Steve Rayner und Elisabeth L. Malone (Hg.): Human Choice and Climate Change, vol. 2. Columbus: Battelle Press, S. 327–399.
- Rousseau, Jean J. (2006): Der Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts. Wiesbaden: Marix.
- Ruppert, Hans; Eigner-Thiel, Swantje; Girschner, Walter; Karpenstein-Machan, Marianne; Roland, Volker; Ruwisch, Volker (2008): Wege zum Bioenergiedorf. Leitfaden für eine eigenständige Wärme- und Stromversorgung auf Basis von Biomasse im ländlichen Raum. Gülzow: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe.
- Saretzki, Thomas (2010): Umwelt- und Technikkonflikte: Theorien, Fragestellungen, Forschungsperspektiven. In: Peter H. Feindt und Thomas Saretzki (Hg.): Umwelt- und Technikkonflikte. Wiesbaden: VS, S. 33–53.
- Schaefer, Christina; Theuvsen, Ludwig (Hg.) (2012): Renaissance öffentlicher Wirtschaft. Bestandsaufnahme – Kontexte – Perspektiven. Baden-Baden: Nomos.
- Scharpf, Fritz W. (2000): Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen: Leske + Budrich.



Schomerus, Thomas; Degenhart, Heinrich; Kluge, Hartmut (Hg.) (2010): Repowering – Hindernisse und Lösungsmöglichkeiten. Baden-Baden: Nomos (Lüneburger Schriften zum Wirtschaftsrecht, 15).

Schreuer, Anna; Weismeyer-Sammer, Daniela (2010): Energy cooperatives and local ownership in the field of renewable energy technologies: A literature review. Wien: Wirtschaftsuniversität Wien, Research Institute for Co-Operation and Co-Operatives (RICC – research report, 4).

Schuppert, Gunnar Folke (2002): Gemeinwohldefinition im kooperativen Staat. In: Herfried Münkler und Karsten Fischer (Hg.): Gemeinwohl und Gemeinsinn im Recht. Konkretisierung und Realisierung öffentlicher Interessen. Berlin: Akademie Verlag, S. 67–98.

Schuppert, Gunnar Folke; Neidhardt, Friedhelm (Hg.) (2002): Gemeinwohl – auf der Suche nach Substanz. Berlin: Edition Sigma (WZB-Jahrbuch 2002).

Scott, Richard W. (1986): Grundlagen der Organisationstheorie. Frankfurt am Main: Campus.

Scott, Richard W. (2001): Institutions and Organizations. Thousand Oaks: Sage.

Senghaas, Dieter (1998): Zivilisierung wider Willen. Der Konflikt der Kulturen mit sich selbst. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Selznick, Philipp (1948): Foundations of the Theory of Organization. In: *American Sociological Review* 13, S. 25–35.

Seyfang, Gill; Haxeltine, Alexander (2012): Growing grassroots innovations: exploring the role of community-based initiatives in governing sustainable energy transitions. In: *Environment and Planning C* 30 (3), S. 381–400.

Seyfang, Gill; Smith, Adrian (2007): Grassroots innovations for sustainable development: Towards a new research and policy agenda. In: *Environmental Politics* 16 (4), S. 584–603.

Seyfang, Gill; Park, Jung Jin; Smith, Adrian (2013): A thousand flowers blooming? An examination of community energy in the UK. In: *Energy Policy* 61 (10), pp. 977–989.

Smith, Adrian; Stirling, Andy; Berkhout, Frans (2005): The governance of sustainable socio-technical transitions. In: *Research Policy* 34 (10), S. 1491–1510.

Späth, Philipp; Rohrer, Harald (2010): 'Energy regions': The transformative power of regional discourses on socio-technical futures. In: *Research Policy* 39 (4), S. 449–458.

Staab, Jürgen (2011): Erneuerbare Energien in Kommunen. Energiegenossenschaften gründen, führen und beraten. Wiesbaden: Gabler.

Ströbele, Wolfgang; Pfaffenberger, Wolfgang; Heuterkes, E. Michael (2012): Energiewirtschaft. Einführung in Theorie und Politik. 3. Aufl. München: Oldenbourg.

Thiel, Fabian (2010): Land, Energie und Klima – Geospähren als Gemeinschaftsgüter im Sinne von Elinor Ostrom und Peter Barnes? In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 47 (164/165), S. 50–61.

- Upreti, Bishnu Raj; van der Horst, Dan (2004): National renewable energy policy and local opposition in the UK: the failed development of a biomass electricity plant. In: *Biomass and Bioenergy* 26 (1), S. 61–69.
- Wagner, Thomas (2013): Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument. Köln: PapyRossa (Neue kleine Bibliothek, 193).
- Walker, Gordon; Devine-Wright, Patrick (2008): Community renewable energy: What should it mean? In: *Energy Policy* 36 (2), S. 497–500.
- Weiss, Günther (2013): Das Klima retten – aber nicht vor der eigenen Tür? Konflikte um Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung in Deutschland. In: *Geographische Rundschau* 65 (1), S. 44–49.
- Williamson, Oliver E. (2000): The New Institutional Economics: Taking Stock, Looking Ahead. In: *Journal of Economic Literature* 38 (3), S. 595–613.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (Hg.) (2011): Welt im Wandel Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin: WBGU.
- Zografos, Christos; Martínez-Alier, Joan (2009): The politics of landscape value: a case study of wind farm conflict in rural Catalonia. In: *Environment and Planning A* 41 (7), S. 1726–1744.



ISSN 21 99-8264